



AUSGABE 5 · 35. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 25.5.2005

Freude

S. 4

Ihre Arbeit habe sehr viel Freude gemacht und ihr Leben bereichert – übereinstimmendes Urteil von Barbara Wischermann und Brigitte Herrmann über die Arbeit an der Spitze des Petitionsausschusses.

Israel

S. 7

Die vier Fraktionen haben sich 60 Jahre nach Kriegsende für eine Vertiefung der Beziehungen zu Israel ausgesprochen: „Das Band, das Deutschland und im Besonderen NRW mit Israel verbindet, kann nicht stark genug sein“.

Nachbarschaft

S. 22

Nach Minsk reiste eine Delegation des Landtags, um für mehr Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zu werben. Zeichen der angestrebten Aussöhnung mit Weißrussland war die Kranzniederlegung am Ehrenmal.

Entscheidungen

S. 23

Zehn Jahre Präsident, davor fünf Jahre Vizepräsident des Landtags: Ulrich Schmidt (SPD) zieht im Gespräch mit „Landtag intern“ ein Resümee dieser Zeit mit wichtigen Entscheidungen.

Die Wählerinnen und Wähler in NRW haben die Karten gemischt, die Politiker haben gereizt und dann wurde der Trumpf aufgespielt. Aber eine Wahl ist kein Skatspiel, auch wenn beide Sieger und Verlierer kennen. Und kein Skatspiel schlägt solche Wellen wie diese Entscheidung an Rhein, Ruhr und Weser. Weltweite Aufmerksamkeit war gewiss: Tritt in Düsseldorf der Wechsel ein und wie reagiert darauf die Bundespolitik? Spannende Fragen und völlig überraschende Antworten aus Berlin - die 3.400 Journalisten und Gäste im nordrhein-westfälischen Landtag ahnten und wussten am Ende des Wahlabends, dass NRW wieder einmal den Lauf der politischen Entwicklung in Deutschland beeinflusst hat (Seiten 3, 10 bis 15).

Montage: Schälte

MdL – und danach?

Mit Ende dieser Wahlperiode wird die Zahl der ehemaligen Landtagsabgeordneten nach oben schnellen: Unabhängig vom Votum der Wählerinnen und Wähler scheiden 42 SPD-Abgeordnete, 23 CDU-Abgeordnete und je vier Mandatsträger bei FDP und GRÜNEN aus. Sie alle haben die Gelegenheit, der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags NRW beizutreten. Sie wurde vor 25 Jahren gegründet und hält seitdem die Verbindung zwischen Ruheständlern und Hohem Haus. Reisen und Informationsveranstaltungen runden das Angebot für die „Pensionäre“ ab. Nur eins tun sie nicht: Sich in die Tagespolitik einschalten und den „Jungen“ ungefragt Ratschläge geben (Seite 20).

Nordrhein-Westfalen hat
den Wechsel gewählt

Inhalt

Inhalt/Editorial	2
Wahlergebnis NRW	3
Abschlussbericht: Petitionsausschuss <i>Fast 25.000 Eingaben wurden bearbeitet</i>	4
Millionenstreit um Forschungsgelder <i>Wer verzögert Mittel für die Exzellenzinitiative?</i>	5
Aktuelle Stunde zur Kapitalismuskussion	6
Zukunft und Vergangenheit <i>Einigkeit: Deutsch-israelische Beziehungen weiter stärken</i>	7
Wie viel Natur braucht das Land? <i>Parteien diskutierten über die Neufassung des Landschaftsgesetzes</i> Flächennutzungsplan umstritten	8
Koalition: „Außer Spesen nichts gewesen!“ <i>CDU und FDP sehen ihre Vorwürfe durch Untersuchung bestätigt</i>	9
Presseecho	10
Ein Wahlabend der Superlative	11
Ergebnisse	12–15
175 Millionen für Stadterneuerung <i>Minister stellt Programm vor – Zwischenbericht zur LEG-Affäre</i> Partnerregion für das Land gesucht	16
Medienfreiheit mit Hilfe aus NRW <i>Nordirak will demokratische Mustergesellschaft werden</i>	17
Abgeordnete diskutieren europäische Zuckermarktordnung Ausschuss berät nach Ausbruch aus Forensik	18
Rückzug statt Integration <i>Bericht über die Zuwanderersituation</i> Damoklesschwert Umsatzsteuer	19
In alter Verbundenheit <i>Vereinigung ehemaliger Landtagsabgeordneter wird 25</i> Der wohl informierte Abgeordnete	20
Parlamentariergruppen stärken die internationalen Beziehungen Berding feierte 90. Geburtstag	21
Ein Europa ohne Mauern <i>Landtagsdelegation zu Besuch im weißrussischen Minsk</i> Impressum	22
„Viel erreicht. Schnitt jetzt“ <i>Landtagspräsident nimmt nach 35 Jahren Politik seinen Abschied</i>	23
Geburtstage und Personalien	24

187 Sitze für den neuen Landtag

Daumen hoch für Rüttgers! Er und die CDU haben die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gewonnen. Hut ab für Ministerpräsident Peer Steinbrück, denn der agierte vor den Medien als fairer Verlierer. Doch was ändert sich jetzt im Düsseldorfer Landtag? Alles. Die CDU hat mit der FDP die Mehrheit und stellt die Regierung. Und ganz nebenbei wackelt auch noch die Bundesregierung nach Kanzler Schröders Ankündigung für Neuwahlen im Herbst.

Hier die Fakten für NRW: Der neue Landtag hat nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis 187 Sitze. Da die CDU in den Wahlkreisen mehr Direktmandate errungen hat, als ihr nach dem prozentualen Wahlergebnis zustehen, musste die Landtagsstizzahl von der Regelzahl 181 auf 187 aufgestockt werden. Die CDU allein stellt 89 Abgeordnete, die SPD hat 74 Sitze, die Grünen kommen auf 12, genauso viele wie die FDP mit ebenfalls 12.

WENIGER ABGEORDNETE

Dieser Landtag ist deutlich kleiner als der bisherige. Bisher saßen 231 Abgeordneten im Parlament am Rhein. Doch nicht nur die Zahl der Abgeordneten wurde vor der Wahl reduziert, auch die Wahlkreise haben einen neuen Zuschnitt. Statt 151 Wahlkreise wie bei der Wahl 2000 gab es dieses Mal nur 128 Wahlkreise.

Während sich schon kurz nach der Wahl die neu gewählten Abgeordneten ihren Arbeitsplatz im Parlamentsgebäude - mal mit, mal ohne Medien - anschauten, sendeten einige TV- und Hörfunksender noch weiter live aus dem Landtag. Die anderen Medienvertreter bauten bereits in der Nacht nach der Wahl ihre Studios ab. Aus dem Pressezentrum im Plenarsaal wird jetzt wieder flugs ein neues Parlament für die frisch gewählten Abgeordneten geschaffen. Denn die Zeit drängt: Am 8. Juni konstituiert sich der neue Landtag, am 22. Juni wird der Ministerpräsident gewählt.

WENIGER FRAUEN

Ein Wermutstropfen bleibt: der Frauenanteil. Denn der ist im Vergleich zum letzten Landtag deutlich gesunken. Waren im alten Parlament, das sich im Jahr 2000 zusammensetzte, noch 31,2 Prozent Frauen, so sind es jetzt nur noch 27,3 Prozent. Bei der CDU sind es insgesamt 12,4 Prozent Frauen (21,6 Prozent waren es im Jahr 2000), bei der SPD 41,9 Prozent (2000 waren es 37,3 Prozent), bei der FDP sind es 25,0 Prozent (die Zahl ist gleich geblieben zu 2000), bei den GRÜNEN sind es 50 Prozent Frauen, im Jahr 2000 waren es noch 52,9 Prozent.

SH

Versöhnlicher Handschlag nach der Debatte in der „Elefantenrunde“ (v. l.) Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD), Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE), Dr. Ingo Wolf (FDP) und Dr. Jürgen Rüttgers (CDU). Fotos: Schätze



Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl in NRW

Landtagswahl 22. Mai 2005

Landtagswahl 14. Mai 2000

	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent	+/- %
Wahlberechtigte insgesamt	13.239.170	100	13.061.265	100	
Wähler/-innen	8.334.561	63	7.409.399	56,7	
Ungültige Stimmen	91.189	1,1	72.988	1	
Gültige Stimmen	8.243.372	100	7.336.411	100	
SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands	3.059.074	37,1	3.143.179	42,8	-5,7
CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands	3.695.806	44,8	2.712.176	37	7,9
FDP Freie Demokratische Partei	508.354	6,2	721.558	9,8	-3,7
GRÜNE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	509.219	6,2	518.295	7,1	-0,9
REP DIE REPUBLIKANER	67.282	0,8	83.296	1,1	-0,3
PDS Partei des Demokratischen Sozialismus	72.982	0,9	79.934	1,1	-0,2
Unabhängige Bürger Nordrhein-Westfalen	6.953	0,1	22.059	0,3	-0,2
PBC Partei Bibeltreuer Christen	6.361	0,1	4.123	0,1	0
FAMILIE FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS	4.291	0,1	3.420	0	0
Die Tierschutzpartei Mensch Umwelt Tierschutz	6.153	0,1	3.075	0	0
BüSo Bürgerrechtsbewegung Solidarität	6.853	0,1	2.530	0	0
NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands	73.959	0,9	2.357	0	0,9
ödp Ökologisch-Demokratische Partei	15.784	0,2	1.923	0	0,2
ÖkoLi Ökologische Linke	184	0	304	0	0
BGD Bund für Gesamtdeutschland	56	0	178	0	0
UAP UNABHÄNGIGE ARBEITER-PARTEI (Deutsche Sozialisten)	523	0	139	0	0
GRAUE DIE GRAUEN - Graue Panther	18.340	0,2	-	-	
WASG Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative	181.886	2,2	-	-	
Die PARTEI Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative	1.338	0	-	-	
AMP Aufbruch Mittelstand Partei	936	0	-	-	
ZENTRUM Deutsche Zentrumspartei - älteste Partei Deutschlands gegründet 1870	1.261	0	-	-	
LD Liberale Demokraten	100	0	-	-	
Offensive D Partei Rechtsstaatlicher Offensive	213	0	-	-	
UNABHÄNGIGE KANDIDATEN ... für Direkte Demokratie + bürgernahe Lösungen	204	0	-	-	
Einzelbewerber	5.260	0,1	-	-	
Sonstige	-	-	37.865	0,5	

Quelle: Die Landeswahlleiterin des Landes Nordrhein-Westfalen



Für Menschen viel erreicht

Abschlussbericht: Fast 25.000 Eingaben wurden bearbeitet

„Ich habe durch die Petitionen nicht nur für meine politische Arbeit, sondern auch für mich selbst sehr viel gelernt. Außerdem hat mir diese Arbeit unheimlich viel Freude bereitet. Mein Leben wurde bereichert.“ Das sagte bei der Vorlage des Abschlussberichts des Petitionsausschusses für die 13. Wahlperiode dessen Vorsitzende Barbara Wischermann (CDU). Ihr sekundierte die stellvertretende Ausschussvorsitzende Brigitte Herrmann (GRÜNE), als sie im Plenum den Bericht fortsetzte und dabei feststellte: „Die Arbeit im Petitionsausschuss war für mich die spannendste, lehrreichste und demokratiepolitisch wichtigste, auch und gerade weil sie ganz nah mit den Menschen unseres Landes verbunden ist.“



Vor ihrem Abschied aus dem Parlament noch einmal ein Zeichen gesetzt: Barbara Wischermann (CDU, l.) und Brigitte Herrmann (GRÜNE, r.) mit dem Fünfjahresbericht des Petitionsausschusses.
Foto: Schälte

Barbara Wischermann (CDU) zog Bilanz:

Die Zahl der Eingaben sei auf gleich bleibend hohem Niveau geblieben. Insgesamt hätten den Ausschuss 24.500 Petitionen erreicht. Stärkster Bereich seien nach wie vor Ausländerangelegenheiten, obwohl es hier wegen der gesunkenen Zahl der Asylbewerber einen deutlichen Rückgang gegeben habe. Dafür sei anderes in den Vordergrund getreten, das in den Jahren zuvor keine große Bedeutung gehabt habe. Hier nannte die Ausschussvorsitzende als Beispiel die Klagen über Windkraftanlagen.

Wenn hier Anwohner verlangen, dass der Ausschuss sich bei den Gemeinden für eine entsprechende Planung einsetzen soll, dann seien diesem Wunsch Grenzen durch die kommunale Planungshoheit gesetzt. Oft könnten die Ausschussmitglieder nur prüfen, ob die rechtlichen Voraussetzungen der Baugenehmigung zutreffend bewertet worden sind. Entspreche ein Antrag auf Genehmigung einer Windenergieanlage den rechtlichen Rahmenbedingungen, „besteht für den Betreiber ein Rechtsanspruch auf Genehmigung“.

Ein anderes Thema. Als Mittler zwischen Bürgern und Behörden habe der Ausschuss erreicht, dass bei geplanten Auskiesungen im Bereich des Naturparks Kottenforst-Ville die betroffenen Menschen mit ihren Anliegen angehört worden sind. Der Petitionsausschuss habe mehrere Erörterungstermine durchgeführt. Informationen seien offen ausgetauscht worden: „Derzeit ist eine gewisse Beruhigung vor Ort eingetreten. Es scheint, dass aktuell keine Abgrabungsvorhaben geplant sind.“

„Es gibt nichts, was es nicht gibt.“ Mit diesem Stoßseufzer kommentierte Wischermann den Vorschlag eines Petenten aus jüngster Zeit, Abgeordnete sollten, bevor sie ein Mandat anreten, ein dreimonatiges Pflichtpraktikum in diversen Tätigkeitsfeldern absolvieren. Ein anderer versuchte, über den Petitionsausschuss einen Lottogewinn zu realisieren. Erwähnung fand auch der Versuch, mit Hilfe des Ausschusses sich um das Amt des Ministerpräsidenten zu bewerben. „Mit freundlichem Gruß Ihr hoffentlich baldiger Landesvater“, habe am Ende gestanden.

AUSLÄNDERRECHT

Brigitte Herrmann (GRÜNE) bedauerte in ihrer Rede den Abschied aus der Petitionsarbeit: „An vielen Stellen helfen und unterstützen zu können, ja aufgrund von Einzelschicksalen nicht nur Behördenabläufe, sondern sogar Erlasse im Sinne der Menschen verändern zu können, das hat die Arbeit in den letzten Jahren für mich so wertvoll gemacht.“ Sie erwähnte besonders die Arbeit des Ausschusses im Bereich des Ausländerrechts. Da habe man in vielen Erörterungen immer wieder auf die Vorteile der freiwilligen Ausreise hingewiesen – vor allem, wenn die Rechtslage im Hinblick auf die Aufenthaltsbeendigung sehr eindeutig gewesen sei.

Eine solche freiwillige Ausreise sei weniger einschneidend, das gelte umso mehr, wenn zusätzlich Kinder betroffen seien. Anhörungstermine hätten dann oft zu einer umfassenden Rückkehrberatung geführt. Eine freiwillige Ausreise belaste die Betroffenen auch weniger als die Folgen einer Abschiebung, stellte Herrmann fest und machte darauf aufmerksam, dass bei einer solchen Ausreise zukünftige Möglichkeiten einer erneuten Einreise, zum Beispiel mit Besuchsvisum oder zur Aufnahme eines Studiums, nicht verschlossen sind. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende fügte aber hinzu: „Leider – das bedauere ich außerordentlich – machen manche Ausländerbehörden noch zu oft von der unangekündigte Abschiebung Gebrauch, unabhängig davon, ob Kinder betroffen sind oder nicht.“

Sie schloss ihren Redebeitrag mit einem persönlichen Dankeswort an die Ausschussvorsitzende Barbara Wischermann: „Du warst eine vorbildliche Ausschussvorsitzende. Das Arbeiten mit Dir hat Spaß gemacht. Von Dir habe ich viel gelernt.“ Und an die Abgeordneten im Plenum: „Ich meine, sie hat einen großen Applaus verdient. Denn sie hat sich um die Arbeit des Petitionsausschusses in Nordrhein-Westfalen wirklich verdient gemacht.“

Millionenstreit um Forschungsgelder

Wer verzögert Mittel für die Exzellenzinitiative?

Auf Antrag von SPD und GRÜNEN hat der Landtag in einer Aktuellen Stunde am 21. April über das Thema diskutiert „Machttaktische Spiele zulasten der Forschungspolitik beenden – Spitzenforschung voranbringen“. Im Mittelpunkt stand dabei die angestrebte Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern, zusammen zur Förderung von Exzellenz durch Spitzenuniversitäten und zur Förderung der Exzellenz im Wissenschaftsbereich insgesamt, auf mehrere Jahre verteilt, 1,9 Milliarden Euro aufzubringen.

Dr. Hans Kraft (SPD) sagte: „Die Blockadehaltung der CDU wirkt wie ein lähmendes Gift auf die Forschungslandschaft in Nordrhein-Westfalen.“ Es gehe für das Land um 100 Millionen Euro aus der Exzellenzinitiative, die seien aber auf Veranlassung von Hessens Ministerpräsident Koch blockiert worden. Alle die, die wie der CDU-Fraktionschef Rüttgers in der Union für mehr Geld für Bildung und Forschung eingetreten seien, hätten vor dem „brutalmöglichsten Blockierer aus Hessen“ gekuschelt. Damit falle Rüttgers in die Fehler seiner Vergangen-

präsidentenkonferenz habe nicht die Ablehnung ausgesprochen, sondern „nur eine klare Basis für die weitere Konkretisierung des Programms beschlossen“. Da sei nun der Bund am Zuge – und das Land, in dem immer noch die alte Kapazitätsverordnung Grundlage aller Hochschulplanungen sei „nur Masse statt Klasse“, urteilte Kuhmichel und hielt der Landesregierung vor, sie habe in den letzten fünf Jahren nichts getan, die Hochschulen aus der staatlichen Bevormundung in die Selbstständigkeit zu entlassen.

Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP) beruhigte: Jeder wisse, dass das Geld kommen wird, darum sei die hysterische Reaktion der rot-grünen Koalition nicht mehr verständlich. Die mehr als 100 Millionen für NRW flössen von 2006 bis 2011, über die Verteilung sei noch nicht entschieden, sie finde zudem ohne die Politik statt. Rot-Grün stehe das Wasser offenbar bis zum Hals, wenn behauptet werde, die ausbleibenden Mittel seien eine „Katastrophe für das Forschungsland Deutschland“. Andererseits behauptete doch die Koalition immer, dass NRW spitze sei, hier alles zum Besten stehe und die Weichen richtig gestellt seien. Wenn den Hochschulen Geld fehle, dann könnte man ihnen ja die Einnahmen aus den Studiengebühren in voller Höhe geben oder die 300 Millionen aus der gebunkerten Abwasserabgabe aus dem Höhn-Ministerium zufließen lassen.

Forschungsministerin Hannelore Kraft (SPD) äußerte sich zur Exzellenz-Debatte so: „Ich habe den Kaffee endgültig auf.“ Die Gutwilligen seien



Dr. Hans Kraft (SPD)

Manfred Kuhmichel (CDU)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP)

Forschungsministerin Hannelore Kraft (SPD)

Fotos: Schälte

heit zurück und erweise sich als „bildungspolitischer Vampir“. Kraft: „Die Forschungslandschaft pulsiert eigentlich in unserem Land. Frisches Blut ist nötig. Aber das Gegenteil passiert.“ Die CDU blockiere den Fortschritt im Land und Sorge für Stillstand: „Das ist nicht gut. Deshalb aufgepasst am 22. Mai!“

Manfred Kuhmichel (CDU) erwiderte: „Lassen Sie die durchsichtigen Wahlkampfspielchen. Kümmern Sie sich um die nicht erledigten Hausaufgaben in unserem Land.“ Nach dem „Studiengebührenhorror“ komme jetzt das Geschrei zur Exzellenzinitiative, meinte der Abgeordnete und stellte richtig, die Minister-

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) wertete die Stellungnahme ihres Vorredners als „gigantisches Ablenkungsmanöver“. Es sei die CDU gewesen, die den mühsam erreichten Kompromiss torpediert habe und damit den Hochschulen im Land in den Rücken gefallen sei. Für diese machttaktischen Spielchen kurz vor der Wahl habe niemand Verständnis. Sie seien symptomatisch für die „kopflose und konzeptlose Wissenschafts- und Hochschulpolitik der CDU“, die gleichzeitig mit der angestrebten BAföG-Abschaffung und der Einführung von Studiengebühren Sozialabbau im Hochschulbereich betreibe. Dabei sei der Wohlstand nur zu erhalten, wenn möglichst viele Menschen gut ausgebildet werden.

sich nach fünf Sitzungen in der Sache einig gewesen; 35 seien es geworden, „weil Herr Koch sein politisches Kalkül spielt und versucht, Frau Merkel vom Thron zu holen“. Die anderen CDU-Länder hätten sich drangehängt, das sei das Schlimme. Es gehe nicht darum, dass das Geld irgendwann kommt, „mir geht es darum, dass dieses Geld schnell kommt“. NRW mit seinem Hochschulkonzept und seiner Profilbildung an den Hochschulen sei gut aufgestellt und habe einen Zeitvorsprung gegenüber anderen Bundesländern. Die Forschungslandschaft sei ehrlich „entsetzt“. Den Verlust, der dem Land durch die Blockadehaltung entstehe, habe maßgeblich die CDU zu verantworten. 🗣️

„Kritik an Auswüchsen muss erlaubt sein“

Aktuelle Stunde des Landtags zur Kapitalismuskritik

Die Kritik des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering an den Auswüchsen des Kapitalismus bildete das Thema einer Aktuellen Stunde am 20. April. Sie war von der FDP unter dem Motto „SPD verschreckt die Wirtschaft, vertreibt Investoren und schadet dem Standort Nordrhein-Westfalen“ beantragt worden. Vier Wochen vor der Landtagswahl bot sie den Fraktionen Gelegenheit, Position zu beziehen und sich vom politischen Gegner abzugrenzen.

Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionsvorsitzender, fand, man müsse den Linksruck der SPD und den Rückfall in „Vor-Godesberg-Zeiten“ ernst nehmen. Die These vom ungezügelter Kapitalismus sei falsch – noch nie sei die Wirtschaft in Deutschland bürokratisch und staatlich so gegängelt worden. „Statt Rezepten aus der Mottenkiste brauchen wir ein klares Bekenntnis zu den Grundprinzipien für Markt und Wettbewerb.“

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, stellte klar, Müntefering habe mit deutlichen Worten Fehlentwicklungen aufgezeigt: „Wir Sozialdemokraten wollen einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz.“ Und: „Wir wollen, dass Arbeit genauso viel gilt und genauso wichtig ist wie das Kapital.“ Die FDP gehe mit dem Thema oberflächlich um; ihre Haltung könne eine gewisse Schnoddrigkeit und Kälte nicht verbergen.

Dr. Helmut Linssen (CDU) sagte, Müntefering habe sich mit seiner Kritik auf einen sehr kleinen Teil der Wirtschaft bezogen. Das Ganze sei ein Ablenkungsmanöver und zeige die Nervosität im Wahlkampf. Solche Ängste zu schüren, habe wenig mit Moral in der Politik zu tun. Linssen: „Wir beteiligen uns nicht an dieser platten Kapitalismuskritik. Wir bleiben bei der sozialen Marktwirtschaft.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, beklagte den massiven Marxismusverdacht, unter den die Äußerungen und die Debatte darüber gestellt würden: „Was ist daran falsch, auch und gerade die Topmanager in internationalen Konzernen an ihre gesellschaftlichen Verpflichtungen zu erinnern?“ Respekt gebühre den unzähligen Unternehmerinnen und Unternehmern, die in meist mittelständischen

Betrieben jeden Tag Verantwortung für Belegschaften und Ausbildung übernehmen.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) erinnerte daran, dass sich in der Zeit der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung die steuerlichen Bedingungen für Kapitalgesellschaften wesentlich verbessert haben – danach „erwarte ich eine Standortverantwortung für die Bundesrepublik Deutschland“.

Werner Bischoff (SPD) wertete es als „absolut schäbiges Spiel“, diejenigen an den Pranger zu stellen, die Missstände kritisieren und jene, die an diesen Fehlentwicklungen entscheidenden Anteil hätten, nicht zur Verantwortung zu ziehen.

Christian Lindner (FDP) widersprach der angeblichen Entlastung der Unternehmen durch Rot-Grün: „Fakt ist doch im Zusammenhang mit der Ökosteuer – Sie haben die Steuer- und Abgabenquote in Deutschland erhöht, seit Sie die Regierungsverantwortung in Berlin übernommen haben.“

Rüdiger Sagel (GRÜNE) urteilte mit Blick auf bestimmte Einkommenserhöhungen: Das sei Ausdruck einer „kaltschnäuzigen, brutalen Unternehmenspolitik, die den Managern exorbitante Gehaltserhöhungen genehmigt, gleichzeitig aber Massenentlassungen billigt und Nullrunden für die Beschäftigten verordnet.“

Wirtschaftsminister Harald Schartau (SPD) appellierte: „Lassen Sie uns vereinbaren, gemeinsam diejenigen, die vor die Öffentlichkeit treten und mit lautem Getöse Arbeitsplatzabbau ankündigen, mit dem sie zur Stabilisierung des Aktienkurses ihres Unternehmens beitragen wollen, zu ermahnen, dass sie sich gefälligst um die Zukunft ihrer Mitarbeiter zu kümmern und für die Sicherheit der Arbeitsplätze einzusetzen haben!“

Christian Weisbrich (CDU) bezeichnete Massenarbeitslosigkeit, Wachstumschwäche und Lage der Staatsfinanzen im Land als Ergebnis mangelnder Regierungskunst von Rot-Grün. Sie seien nicht Folge der Globalisierung oder resultierten auch nicht „aus einer Heuschreckenplage“.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) sah den Hinweis auf „Vor-Godesberg“ als unnötig an: Die FDP könne sich genauso gut an ihre Freiburger Thesen erinnern lassen, wo sie für Grenzen der Verfügungsmacht über das Eigentum eingetreten sei, wenn die Sozialbindung als moralische Forderung missachtet werde.



Fotos: Schälte

Aber die Arbeitgeberseite könne nicht immer weiter lamentieren und sofort neue Forderungen nachschieben.

Helmut Stahl (CDU) fand, der SPD gehe es darum davon abzulenken, dass das Land 110 Milliarden Euro Schulden habe, dass es über eine Million Arbeitslose in NRW gebe, dass die Zahl der Pleiten wachse und sechs Millionen Unterrichtsstunden ausfielen.

An die gemeinsame Geschichte und Zukunft Israels und Deutschlands soll das neue Kunstwerk in der Wandelhalle des Landtags erinnern. Es ist ein Druck der israelischen Unabhängigkeitserklärung von Felix Droese. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (L.) und Ilan Mor, Gesandter der israelischen Botschaft (M.), feierten mit Gästen den 40. Jahrestag der deutsch-israelischen Beziehungen. Unter den Besuchern war auch Ezra Cohn (r.), Vorsteher der jüdischen Gemeinde Düsseldorf. Foto: Schälte



Zukunft und Vergangenheit

Einigkeit: Deutsch-israelische Beziehungen weiter stärken

Aus Anlass der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel vor 40 Jahren haben die vier Landtagsfraktionen einen gemeinsamen Antrag verabschiedet. Dieser Antrag (Drs. 13/6710 neu) fordert, im Bewusstsein der Vergangenheit die Zukunft zu gestalten und die besonderen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern zu stärken. Der Antrag wurde am 20. April einstimmig beschlossen.

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, verwies auf die beiden Personen, denen das Zustandekommen der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel seinerzeit zu verdanken gewesen sei: Adenauer und Ben Gurion. Die Israelis seien bereit gewesen, „uns über die Gräber des Holocaust hinweg die Hände zu reichen“. Inzwischen sei Deutschland für Israel der zweitwichtigste Partner weltweit. Auch Nordrhein-Westfalen habe bei den Menschen in Israel einen guten Ruf – nicht zuletzt dank Johannes Rau, der den Dialog verstärkt habe. Davon habe sich die Landtagsdelegation bei ihrem jüngsten Besuch überzeugen können. Die Beziehungen seien vielfältig und erfolgreich, betonte Moron. Dennoch gebe es Sorgen. So sei der Jugendaustausch stark rückläufig. Er müsse darum wieder intensiviert werden, mahnte er und sprach sich dafür aus, in den Städten und Gemeinden dafür zu werben. Das meine er ehrlich und parteiübergreifend, fügte Moron hinzu.

Werner Jostmeier (CDU) bedankte sich dafür, dass es im Hauptausschuss des Landtags gelungen sei, sich auf einen gemeinsamen Text zu verständigen. Seine Redezeit, beendete Jostmeier seinen Beitrag, stelle er seinem Fraktionskollegen Dr. Hans-Ulrich Klose zur Verfügung, damit dieser als scheidender Abgeordneter letztmalig vom Rednerpult Stellung nehmen könne.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) nahm die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Anlass daran zu erinnern, dass es ohne Sicherheit für Israel und seine Menschen keinen Frieden in Nahost geben wird. Daran habe sich seit der Gründung Israels nichts geändert. Klose: „Es geht darum, immer wieder nachhaltige Schritte zu tun, um die Verständigung zwischen dem israelischen Volk und Israel und dem deutschen Volk und Deutschland zu verbessern.“ Auch wenn die „Beziehungen wegen des Holocaust nie ganz normal werden, gibt es Zeichen der Hoffnung“. Der ausscheidende Abgeordnete äußerte die Hoffnung und die Bitte, „dass die Ablehnung totalitärer Systeme, bei der alle Demokraten in diesem Hause in der Vergangenheit immer einer Meinung waren, auch in den nächsten Wahlperioden fortgesetzt wird“. Der anwachsende Antisemitismus müsse uneingeschränkt und nachdrücklich bekämpft werden.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) sagte: „Unser Antrag hat die Zukunft im Blick, ohne die Vergangenheit dabei zu verdrängen.“ Mit dem Antrag habe man sich einiges vorgenommen: So wolle man die Jugendbegegnungen und den Schüleraustausch intensivieren und die wissenschaftliche Zusammenarbeit ausweiten. Israel habe sich zu einem Standort von Hochtechnologie verwandelt – „dieser Leistungs- und Innovationswille kann auch Vorbild gerade für

Nordrhein-Westfalen sein, für uns und unsere Bürger“.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, sah in dem gemeinsam erarbeiteten Antrag ein wichtiges Signal. Sie unterstütze nachdrücklich den Weg, „über die Städtepartnerschaften unserer Kommunen und über den Jugendaustausch der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel gerecht zu werden, sie mit Leben zu erfüllen, damit das bittere Vermächtnis, das wir zu tragen haben, auch von unseren Jugendlichen angenommen, mit neuem Leben erfüllt wird. Damit daraus die Kraft für politisches Handeln, die gesellschaftliche Verpflichtung erwächst, uns gegen Antisemitismus, gegen Fremdenfeindlichkeit, in welcher Form auch immer, auszusprechen und dieses Vermächtnis an die junge Generation weiterzugeben“.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) stellte fest: „In dem Antrag heißt es zutreffend: ‚Das Band, das Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen mit Israel verbindet, kann nicht stark genug sein.‘ Wir werden in Nordrhein-Westfalen alles dafür tun, damit dieses Band noch stärker wird. Im Bewusstsein unserer gemeinsamen Vergangenheit und mit dem Wissen um die Chancen einer gemeinsamen Zukunft wollen wir an diesem Weg festhalten.“

Dr. Georg Scholz (SPD) sagte, mit dem Gesetz sei „ein vernünftiger Kompromiss zwischen Naturschutz und Nutzung der Natur“ gefunden. Die Eingriffsregelung sei weiterentwickelt und flexibilisiert, insbesondere durch die Einführung des Ökokontos, welches die Kompensation neu zugebauter Flächen regelt. Die Landschaft werde „geschützt, gepflegt, entwickelt und, soweit erforderlich, wiederhergestellt“.

Heinrich Kruse (CDU) unterstrich die Bedeutung der Nachhaltigkeit: „Selbstverständlich muss jeder Eingriff in Natur und Landschaft ausgeglichen und kompensiert werden.“ Allerdings bemerkte er ein Übermaß an Ausgleichsmaßnahmen, wodurch wichtige landwirtschaftliche Fläche verloren gehe und der Bau dringend benötigter Autobahnen – zum Beispiel der A33 – verhindert werde.

Felix Becker (FDP) fand nicht, dass es gelungen sei, Ökonomie und Ökologie miteinander zu versöhnen. Die Ausgleichsregelung sei „will-

Wie viel Natur braucht das Land?

Parteien diskutierten über die Neufassung des Landschaftsgesetzes

Im Zeichen des Ausgleichs zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Naturschutz steht nach Ansicht der Koalitionsfraktionen die Änderung des Landschaftsgesetzes (Drs. 13/6348), das SPD und GRÜNE vorgelegt haben. Der Gesetzentwurf wurde vom Landtag in zweiter Lesung gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

kürlich“ gewählt: Der Ökolandbau stelle seiner Meinung nach – im Gegensatz zu der neuen Gesetzgebung – keinen Ausgleich dar. Der Bau von Windkraftanlagen aber müsse ein Eingriff sein, auch weil dies im Gegensatz zur Bundesgesetzgebung stehe.

Reiner Priggen (GRÜNE) unterstrich, dass „einige sehr gute Regelungen“ getroffen worden seien: Durch die Berücksichtigung von Vorschlägen aus der Anhörung habe man etwas Vernünftiges hinbekommen. Damit bezog er sich nicht nur auf die Eingriffsregelung, sondern

auch auf den „Naturschutz auf Zeit“: Natur auf ehemaligen Industriegeländen besitze ab jetzt auch ökologischen Wert.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) betonte, man habe eine gute Lösung gefunden. Das Öko-Konto sei gemeinsam mit den Landwirtschaftsverbänden erheblich verbessert worden. Durch das veränderte Bepunktungssystem sei es nicht mehr unbedingt nötig, wertvolle Freifläche als Ausgleichfläche in Anspruch zu nehmen. Auch die Aufwertung eines Waldes gelte jetzt als Ausgleichsmaßnahme. 

Mehr Planung vor Ort

Flächennutzungsplan umstritten

Für die Novellierung des Landesplanungsgesetzes, bedingt durch neue Vorgaben des Bundes und der EU-Richtlinie zu Strategischen Umweltprüfungen, legte die SPD einen Entwurf zur Neufassung (Drs. 13/6101), die CDU einen Änderungsvorschlag (Drs. 13/5606) vor. Angenommen wurde nur der Antrag der Landesregierung in zweiter Lesung gegen die Stimmen von CDU und FDP.

Klaus Strehl (SPD) hielt am Novellierungsprozess fest, das Gesetz brauche Zeit der Vorbereitung und der Umsetzung. Der neue Entwurf trage zur „Modernisierung, Weiterentwicklung

und Entbürokratisierung“ bei. Durch die neue Gesetzgebung habe sich bereits viel verbessert, etwa die Bildung der so genannten Regionalräte und die Neuorganisation der Braunkohleausschüsse.

Hans Peter Lindlar (CDU) kritisierte die Neuaufgabe: Die Aufnahme der Regionalräte ins Gesetz sei zwar positiv zu bewerten, ansonsten sei das Gesetz „eine Enttäuschung“; der regionale Flächennutzungsplan „einfach falsch“. Es fehle, dass die Regionalräte die Vorrangzonen für Windkraftanlagen regeln könnten. Deshalb reichte die CDU ihren eigenen Gesetzentwurf ein, der „Wildwuchs“ verhindern soll.

Holger Ellerbrock (FDP) sprach sich gegen den SPD-Gesetzentwurf aus: Die Regierung habe Versprechungen gemacht, die sich in „heiße Luft aufgelöst“ hätten. Zu wenige Anregungen seien in den Gesetzentwurf aufgenommen worden. Zum einen gebe es keine Entbürokratisierung, zum anderen fehle die versproche-

ne Zusammenfassung von Landesentwicklungsprogrammgesetz, Landesentwicklungsplan (LEP) und Landesplanungsgesetz.

Johannes Rimmel (GRÜNE) betonte, dass erst ein Rahmen zu setzen sei, um ihn dann entsprechend auszufüllen. Sonst würden bei der Landesplanung Auswirkungen erst Jahre später auffallen. Daher gelte es die weitere Entwicklung der Regionalräte abzuwarten, anstatt ihre „Arbeit zu torpedieren.“ Vorerst sei daher auch die Zusammenlegung von LEP und Landesprogrammgesetz unmöglich.

Landesplanungsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) befürwortete Regionalrat und regionalen Flächennutzungsplan. Sie stärkten die „Kompetenzen vor Ort“ und trügen damit zum gewünschten Bürokratieabbau bei. Die Vorranggebiete dagegen seien „in einem Augenblick, wo es in NRW doch mit den Windkraftanlagen allmählich zu Ende ist“, überholt. 

Moderatorin im Dienste Europas: Für ihre außerordentlichen Verdienste um die Entwicklung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit wurde Vizepräsidentin Edith Müller (GRÜNE, r.) mit dem Kommandierkreuz des Verdienstordens der Republik Polen ausgezeichnet. Verliehen wurde der Orden im Generalkonsulat in Köln. Stellvertretend für den polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski überreichte Generalkonsulin Elzbieta Sobotka (l.) die Auszeichnung an die Vizepräsidentin.

Foto: Goral



Koalition: „Außer Spesen nichts gewesen!“

CDU und FDP sehen ihre Vorwürfe durch Untersuchung bestätigt



PUA-Vorsitzende Oda-Gerlind Gawlik (SPD).

Fotos: Schälte

Knapp zwei Jahre nach Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) ist die Arbeit des Gremiums beendet. Am 20. April legte die Ausschussvorsitzende Oda-Gerlind Gawlik (SPD) dem Landtag den Zwischenbericht zu den Untersuchungen über Missstände bei mehreren Landesgesellschaften vor. In der anschließenden Debatte gingen die Bewertungen der bisherigen Untersuchungsergebnisse bei den Koalitions- und Oppositionsfractionen weit auseinander. Einen Abschlussbericht mit Statements der einzelnen Fractionen wird es nicht geben, da der Ausschuss seine Arbeit vor Ablauf der Legislaturperiode nicht beenden konnte.

Oda-Gerlind Gawlik (SPD) nannte in ihrem Bericht einige formale Fakten, ohne inhaltlich auf die Untersuchungsergebnisse einzugehen. Seit seiner Einsetzung im Juli 2003 tagte der Ausschuss insgesamt 60 Mal. Die Ausschussmitglieder konnten dabei auf „überschlägig 600.000 Seiten in Akten“ zurückgreifen. Eigens zum Themenbereich Landesgesellschaften wurden in 14 Sitzungen 22 Zeugen sowie zwei Sachverständige befragt. „Allein die Protokolle der Vernehmungen füllen eintausend Seiten.“ Zum Abschluss dankte die Vorsitzende allen Ausschussmitgliedern „für die konstruktive und kollegiale Zusammenarbeit“.

Professor Dr. Gerd Bollermann (SPD) zog sein Fazit: Die von der Opposition in den Ausschuss gesetzten Hoffnungen seien „wie Seifenblasen zerplatzt“. Alle Behauptungen und Vorwürfe gegen die Landesregierung seien „zweifelsfrei und umfassend widerlegt“ worden. Der CDU sei es darum gegangen, die Landesregierung „medienwirksam an den Pranger“ zu stellen. Der Ausschuss habe hingegen festgestellt, dass es keine bevorzugte Auftragsvergabe an einen Freund des früheren Ministerpräsidenten Clement gegeben habe. Auch die vom Landesrechnungshof aufgedeckten Mängel bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) seien bereits eigenständig von der Landesregierung ausgeräumt worden.

Michael Breuer (CDU) wies die Vorwürfe der SPD entschieden zurück. Es sei deutlich geworden, dass die Landesgesellschaften „Steuergelder in massivem Umfang verschwendet“ hätten. Breuer warf ihnen „schwerwiegende handwerkliche Mängel“ und „systematische Verstöße gegen das geltende Vergaberecht“ vor. Zudem stehe zweifellos fest, dass der Freund Clements bei Auftragsvergaben bevorzugt worden sei. Im Namen der CDU forderte er eine völlige Neuordnung der Wirtschaftsförderung in NRW. Konkret bedeute dies: „Zusammenfassung aller Aktivitäten, eine professionelle Geschäftsführung, klare politische Vorgaben, aber operative Unabhängigkeit.“

Karl Peter Brendel (FDP) warf den Landesgesellschaften vor, „in einer Vielzahl von Fällen die Vorschriften für die Auftragsvergabe eindeutig verletzt“ zu haben. Dies habe auch der Landesrechnungshof moniert. Wer sich nicht an die Spielregeln halte, müsse damit leben, wenn er „in den Geruch von Filz, Korruption und Vetternwirtschaft“ gerate. Allein das Engagement der GfW in Israel und im Libanon habe die Steuerzahler in NRW „über Jahre hinweg über 300.000 Euro jährlich gekostet“. Zudem habe die Gesellschaft keinen Beweis erbringen können, dass daraus auch nur ein nachhaltiges Projekte hervorgegangen sei. Hier seien „ohne jede Effektivitätskontrolle“ Steuergelder verbrannt worden.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) warf der CDU vor, mithilfe des Untersuchungsausschusses eine „Legendenbildung aus Wahlkampfzwecken“ betrieben zu haben. „Wir haben im PUA den gescheiterten Versuch der CDU erlebt, sich eine monatelange Wahlkampffraktion aus Steuermitteln finanzieren zu lassen.“ Die Medien hätten dies durchschaut und die Arbeit des Ausschusses durch „fast völlige Nichtteilnahme und fehlende Berichterstattung“ entsprechend gewürdigt. Bei keinem der untersuchten Themenkomplexe sei „ein schwerwiegendes Fehlverhalten der fachlich oder politisch Verantwortlichen offenkundig geworden“. Sagel resümierte: „Außer Spesen und viel Arbeit nichts gewesen!“

Manfred Palm (CDU) betonte, die Untersuchung der Missstände bei den Geschäftsführungen der Landesgesellschaften sei aus Sicht der CDU noch nicht abgeschlossen. „Sollten uns die Wähler die Verantwortung übertragen, werden wir der ganzen Sache so wieso noch einmal nachgehen.“

Hans-Willi Körfges (SPD) bezifferte die Kosten für den Ausschuss auf rund 750.000 Euro. Gemessen an den Ergebnissen sei das sehr viel Geld. An die Adresse der Opposition: „Sie haben sich als Großwildjäger auf die Pirsch gemacht und sind als Schmetterlingssammler angekommen.“

Nordrhein-Westfalen hat gewählt

Am Tag danach: Die Presse über Gewinner und Verlierer

Der Wahlausgang in NRW sorgte für lebhaftere Presse-Kommentare im In- und Ausland. Die Neue Zürcher Zeitung beispielsweise spricht von einem erwartungsgemäßen „Hammerschlag“ für Rot-Grün: „Die SPD hat in Nordrhein-Westfalen verloren, weil ihre an sich richtigen Reformen von vielen als unzumutbar empfunden worden waren.“ Auch die inländische Presse zeigte sich wenig verwundert über den Machtwechsel. Für wirkliche Überraschung sorgte hingegen die Reaktion des Bundeskanzlers, der für den Herbst vorgezogene Bundestagswahlen ankündigte.



Foto: Schälte

„Was für eine Entscheidung! Die SPD verliert mit Pauken und Trompeten die nordrhein-westfälische Landtagswahl und kündigt für den Herbst vorgezogene Bundestagswahlen an. (...) Diese Konsequenz hatte keiner der politischen Beobachter auf seinem Radarschirm. (...) Mit der Wiederwahl von Rot-Grün können Kanzler und Parteichef nicht ernsthaft rechnen. Das einstige Modell ist nach dem Verlust der Macht in Nordrhein-Westfalen endgültig zum Auslaufmodell gestempelt worden.“

Westdeutsche Zeitung

„Rüttgers ist in NRW gelungen, woran für ihm Heinrich Köppler, Kurt Biedenkopf, Bernhard Worms und Norbert Blüm gescheitert sind: er hat die SPD von einem Sockel gestoßen, der den Sozialdemokraten zu gehören schien. Peer Steinbrück hat nicht verhindern können, was sich seit langem abgezeichnet hat und ihm nicht anzurechnen ist: den Absturz der einst so stolzen und starken rheinisch-westfälischen Sozialdemokratie. (...) Jenseits des Norddeutschen Steinbrück fehlt es der SPD in Düsseldorf an gewinnenden Personen und frischen Ideen.“

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

„Der große Knall von Nordrhein-Westfalen hat die Republik verändert. (...) Der zweitmächtigste Mann in der CDU heißt nun Jürgen Rüttgers. Stärker ist in der Union nur noch Stoiber. NRW steht vor einem Kurswechsel: bei Schule, Bürokratie, Energie. (...) Um Peer

Steinbrück, den integren Antreiber, die tragischste Figur der SPD, kann es einem Leid tun. Er zahlt den Preis für das Ende des Rheinischen Kapitalismus, der die SPD 39 Jahre lang trug.“

Rheinische Post

„Das Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen hat an den faktischen Kräfteverhältnissen im Bund eigentlich nichts Entscheidendes verschoben. Gleichwohl hat sich am Sonntagabend die Republik verändert: Der Kanzler steht auf Treibsand, die SPD am Abgrund, die grüne Partei in allen Landtagen in der Opposition; die Merkel-CDU steht fast am Gipfel, und Westerwelle, trotz des für ihn dürftigen Ergebnisses, feixend daneben.“

Süddeutsche Zeitung

„Der Kanzler spürt: Nach der schweren Schlappe im SPD-Stammland an Rhein und Ruhr, nach der elften Landtagswahl-Niederlage seit 1998, kann Rot-Grün in Berlin nicht weitermachen wie bisher. (...) Neuwahlen als Ausweg, das zeugt von einem Gefühl der Ausweglosigkeit. (...) Die CDU kann sich da gar nicht verweigern. Das ist Schröders kleiner Triumph, in dieser für ihn bitteren Stunde.“

Bild

„Die SPD hat die letzte Karte gezogen. In einer dramatischen Geste macht sie aus ihrem Debakel in NRW den Auftakt des Bundestags-

wahlkampfes – und das Ende von Rot-Grün. Es wird eine Wahl zwischen Union und SPD allein. Die SPD wird ihn aufladen als Kampf gegen eine 'schwarze Republik'. (...) Mit dem Beginn des Wahlkampfes haben die Grünen ihn bereits verloren, sie sind sterblich. Ihre Zeit in der Regierung ist vorbei.“

Welt Kompakt

„In der Düsseldorfer Staatskanzlei muss Rüttgers nun beweisen, dass mit der CDU/FDP-Koalition alles besser im Land wird. Der Regierungswechsel allein bewirkt keine Wunder. Dem psychologischen Ruck werden nun Taten folgen müssen. Denn so recht konkret ist der neue Ministerpräsident bislang nicht geworden. Sein Hang zum Ungefährten ist ein Charakterzug, den Rüttgers in der harten Regierungsrealität ablegen muss.“

Neue Rhein Zeitung

„Das Schicksal der letzten rot-grünen Landesregierung ist besiegelt. Im zweiten Anlauf hat Rüttgers gleich sein doppeltes Meisterstück abgeliefert. Mit der FDP hat er nicht nur Rot-Grün an Rhein und Ruhr weggeputzt, sondern auch das Regierungsbündnis in Berlin zur Flucht nach vorne gehetzt. (...) Rüttgers hat einen neuen Aufbruch für das Land versprochen – jetzt kann er beweisen, dass er es besser kann als Steinbrück & Co.“

Express

Eigentlich hätte es eine ganz normale Wahl-
nacht werden können. Wenn es da im Vorfeld
nicht eine Zahl gegeben hätte, die zu denken
gab: 1.400 Medienvertreter wollten an diesem
Abend des 22. Mai 2005 aus dem Landtag über
das Ergebnis - und was es möglicherweise be-
werkstelligt - berichten. Knapp 14 Millionen
Wählerinnen und Wähler, 1.400 Journalisten,
ein Journalist pro 10.000 NRW-Wahlberich-
tigte - so viel wie noch nie.

Und so international wie noch nie. Aus
Südafrika, Japan, Finnland, den USA
und der Ukraine reisten Journalisten
an. Ein starkes Kontingent stellte die Türkei:
Aus erster Hand wollte man dort wissen, wie
NRW die Machtkonstellation in Deutschland
verändert - und damit die Beitrittchancen des
eigenen Landes zur Europäischen Union.

Bis die Bilder, Kommentare und Daten aus
dem Landtag gesendet werden konnten, hatten
sich alle Medienvertreter bei der Pressestelle
des Landtags anzumelden. Dieses Akkreditie-
rungsverfahren war nötig, um Chancengleich-
heit in der Berichterstattung herzustellen und
gleichzeitig den hohen Sicherheitsanforderun-
gen an diesem Tag zu
genügen.

Ein einsatzbereites
Fahrzeug der Feuerwehr
stand vor der Tür, dahinter
parkte für alle Fälle ein Not-
arztwagen. Drinnen im Gebäu-
de waren Rettungswege
markiert, die Leute des Brand-
schutzes hatten ein waches Auge
auf das Geschehen. Hinter den
Kulissen sorgten die Frauen und
Männer der Technik und des Ge-
bäudemanagements dafür, dass
alles reibungslos seinen Gang
nahm.

Tage vorher war der Ple-
narsaal zu einem gigantischen
Arbeitszentrum für über 200
schreibende und fotogra-
fierende Journalisten
mit zahlreichen Tele-
fonen und An-
schlüssen zur
drahtlosen
weltwei-
ten Da-
tenkommuni-
kation ausgerüstet
worden. Während draußen
das Fernsehen wirbelte und die zahl-
reichen Besucherinnen und Besucher der
Wahlparty, zu der Landtagspräsident Ulrich
Schmidt eingeladen hatte, vorbei flanierten, war
das Rund des Plenums eine kühle Oase der Ruhe:
Nicht einmal die Bildschirmwand in der Mitte,
über die zur Information die laufenden Pro-
gramme flackerten, behelligte die Atmosphäre
engagierten und professionellen Arbeitens.



Mit Technik voll
gepfropft waren
die hochmoder-
nen Studios der
Fernsehanstalten.
Fotos: Schälte

Da ging es vor der Tür schon lebhafter zu.
Wer das Pech hatte, zur falschen Zeit am richti-
gen Ort zu sein, der erfuhr am eigenen Leib,
wie sich die Mediengesellschaft eine Gasse
bahnt. Der Ruf „Rüttgers kommt“ oder auch
„Steinbrück im Anmarsch“ löste in der Bürger-
halle und in der Lobby Unruhe und Bewegung

aus. Wer der
Kolonne aus
Spitzenkandi-
daten, Sicher-
heitspersonal,
Kameraleu-
ten und Po-
litikertross
im Weg
stand,
wusste im
Gedränge
kaum, wie

ihm geschah. Aber
er fand sich rasch an
der Seite wieder, wäh-
rend der Trupp vorbe-
stürmte.

Gelassener ließen es die
Bürgerinnen und Bürger ange-
hen, die nicht im, sondern vor dem
Landtag der Dinge harrten. Hier hatte
man eine Großleinwand aufgebaut. Ein
Öffentlichkeitsarbeiter des Landtags erläuterte
die Wahl und das spezielle Wahlverfahren in
NRW, wo die Bürger nur eine Stimme haben.
Ein paar hundert Schaulustige und Infor-
mationshungrige nahmen das Informations-
angebot gerne an.



Ein Wahlabend der Superlative

Präzise Vorbereitung und Management sicherten geregelter Ablauf

Drinnen war der Platz knapp. Hier herrschte drangvolle Enge für
Gäste, Politiker, Journalisten und die Helferinnen und Helfer.

Sie wurden Zeugen der Gespräche in den
Landtagsstudios der großen Sendeanstalten.
Folgt den Korrespondentenberichten, lauschten
den Kommentaren, hörten und sahen die
Interviews mit Parteienvertretern und erlebten,
wenn sie lang genug ausgeharrt hatten, als Krö-
nung die „Elefantenrunde“. Und alles in fri-
scher Luft, bei angenehmen Temperaturen und
im milden Licht der untergehenden Sonne.

Das war im Inneren des Gebäudes Mangel-
ware. Gedränge, künstliches Licht und hohe
Temperaturen ließen den Schweiß fließen und
die Gesichter rötlich anlaufen.

Als eine Dame von der Maske dem unterle-
genen SPD-Spitzenkandidaten Steinbrück vor
der Tagesschau der ARD mit dem Schminkpinsel ein wenig die Anspan-
nung aus dem Gesicht nehmen wollte, wehrte
der ab und beantwortete die Fragen unge-
schminkt – angesichts des Wahlergebnisses ein
hanseatischer Zug von Realitätssinn.

Ganz entspannt dagegen die künftigen
CDU/FDP-Koalitionäre Rüttgers und Wolf. Sie
traten gemeinsam nach dem Gespräch vor die
Fotografen, die alle das beste Bild des Abends
machen wollten, und ertrugen ebenso stoisch
wie aufgekratzt das Blitzlichtgewitter. Kurz
nach 19.30 Uhr verließ Kulturminister Vesper
von den GRÜNEN die Stätte der Niederlage in
Richtung Stadttor. An der gab es schon früh
nichts mehr zu deuteln: Wenige Minuten nach
18 Uhr hatte die erste Prognose des ZDF deut-
lich gemacht, dass die Wählerinnen und Wäh-
ler an diesem Abend den Regierungswechsel er-
zwungen hatten. Da brandete auf dem Vorplatz
zum Landtag kurz Beifall auf. Der oberste Sou-
verän in der Politik, der Wähler, fand ganz in
Ordnung, was er angerichtet und wie viel an
Reaktion und Verwirrung im offiziellen Berlin
er an diesem Abend ausgelöst hatte. JK

Ergebnisse in den 128 Wahlkreisen



Wahlkreis		Kandidaten zur Landtagswahl vom 22. Mai 2005										direkt gewählt	
Nr.	Bezeichnung	SPD	%	CDU	%	FDP	%	GRÜNE	%		%		
1	Aachen I	Walther, Claudia	35,6	Eimmahl, Rolf	37,2	Höne, Herbert	7,8	Priggen, Reiner	14,7	Eimmahl, Rolf	14,7		CDU
2	Aachen II	Schultheis, Karl	33,3	Henke, Rudolf	44,6	Blum, Peter	6,1	Schmitt-Promny, Karin	10,9	Henke, Rudolf	10,9		CDU
3	Kreis Aachen I	Vorpeil, Hans	38	Billmann, Alfons-Reimund	44,4	Finken, Marko	5,1	Herlitzius, Bettina	4,9	Billmann, Alfons-Reimund	4,9		CDU
4	Kreis Aachen II	Weidenhaupt, Helen	36,3	Wirtz, Axel Georg	46,7	Zwingmann, Franz-Josef	6	Leisten, Bernd	4,7	Wirtz, Axel Georg	4,7		CDU
5	Rhein-Erft-Kreis I	van den Berg, Guido	35,9	Rüttgers, Jürgen, Dr.	47,6	Engel, Horst Hubertus	7,3	Warnecke, Rüdiger	4,5	Rüttgers, Jürgen, Dr.	4,5		CDU
6	Rhein-Erft-Kreis II	Fuß, Hardy Leonhard	38,1	Klöpper, Rita	44,9	Westerschulze, Stefan	5,8	Lambertz, Doris	6,1	Klöpper, Rita	6,1		CDU
7	Rhein-Erft-Kreis III	Moron, Edgar	36,9	Breuer, Michael	45,6	Bombis, Ralph Oliver	7	Gillet, Elmar	5,8	Breuer, Michael	5,8		CDU
8	Euskirchen I	Schulte, Andreas	27,2	Pick, Clemens	53,1	Wolf, Ingo, Dr.	9,7	Kalnins, Angela Gabriele	5,2	Pick, Clemens	5,2		CDU
9	Heinsberg I	Meurer, Ursula	25,6	Krückel, Bernd	60,2	Heesen, Hans-Jürgen	5,8	Rißmayer, Rainer	3,8	Krückel, Bernd	3,8		CDU
10	Heinsberg II	von den Driesch, Nicole	29,7	Hachen, Gerd, Dr.	53,6	Becker, Felix Hermann	6,5	Seidl, Ruth Katharina, Dr.	4,5	Hachen, Gerd, Dr.	4,5		CDU
11	Düren I	Hafke, Hans-Günter	34,2	Wirtz, Josef	50	Braks, Egbert	5,4	Haußmann, Sybille	4,7	Wirtz, Josef	4,7		CDU
12	Düren II - Euskirchen II	Koschorreck, Elisabeth	29,4	Seel, Rolf	53,6	Capune-Kitka, Brigitte	6,6	Hoffmann, Volker	4,8	Seel, Rolf	4,8		CDU
13	Köln I	Hack, Ingrid	35,2	Ley, Marie-Theres	34,6	Reppen, Dietmar	8,8	Unna, Ralf, Dr.	16	Hack, Ingrid	16		SPD
14	Köln II	Kelteik, Tayfun	31,6	Knieps, Franz Josef	40,5	Stein, Hans-Hermann	10	Müller, Edith	13,7	Knieps, Franz Josef	13,7		CDU
15	Köln III	Börschel, Martin	40,1	Barthel, Julika	28,3	Pöttingen, Marlis	5,7	Klocke, Arndt	18,6	Börschel, Martin	18,6		SPD
16	Köln IV	Brunn, Anke	38,2	Möbius, Christian	40,9	Cicek, Ziya	6,1	Siebert, Diana, Dr.	8,1	Möbius, Christian	8,1		CDU
17	Köln V	Ott, Jochen	37,1	Hollstein, Jürgen	42,6	Krawitz, Jan	6,8	Behring, Angela, Dr.	7	Hollstein, Jürgen	7		CDU
18	Köln VI	Gatter, Stephan	39,7	Gordes, Birgit Maria	30,6	Ruffen, Stefanie	6,8	Thelen, Elisabeth	15,5	Gatter, Stephan	15,5		SPD
19	Köln VII	Eumann, Marc Jan	40,9	Petelkau, Bernd	35,6	Köhler, Stefanie	5,9	Asch, Andrea Ursula	10,4	Eumann, Marc Jan	10,4		SPD
20	Leverkusen	Schmidt, Michael	38,8	Monheim, Ursula	43,3	Niederjohann, Oliver Marc	6,6	Arnold, Roswitha	6,2	Monheim, Ursula	6,2		CDU
21	Rheinisch-Bergischer Kreis I	Hammelrath, Helene Cäcilia	33	Müller, Holger	44,9	Koglin, Bernd, Dr.	9,5	Ryboorsch, Magda	8,4	Müller, Holger	8,4		CDU
22	Rheinisch-Bergischer Kreis II	Jung, Volker	30,8	Deppe, Rainer	49,2	Lindner, Christian	9,7	Wolfert, Harald	5,9	Deppe, Rainer	5,9		CDU
23	Oberbergischer Kreis I	Mahler, Ursula	30,1	Biesenbach, Peter	53,6	Emde, Kai	6,6	Remmel, Frank	5	Biesenbach, Peter	5		CDU
24	Oberbergischer Kreis II	Karthaus, Gero, Dr.	33,3	Lörtgen, Bodo	51	Steinert, Andrea	6,2	Fuhg, Bettina	4,7	Lörtgen, Bodo	4,7		CDU
25	Rhein-Steg-Kreis I	Lessenich, Manfred	30	Lindlar, Hans Peter	50	Appel, Heike	7,5	Becker, Horst-Helmut	8,2	Lindlar, Hans Peter	8,2		CDU
26	Rhein-Steg-Kreis II	Dieckmann, Jochen Rudolf	30,8	Milz, Andrea	50,2	Papke, Gerhard, Dr.	8,8	Owczarczak-Borowski, Claudia	6,9	Milz, Andrea	6,9		CDU
27	Rhein-Steg-Kreis III	Albrecht, Werner	27,8	Keller, Ilka	54	Knott, Thorsten	8,3	Steiner, Ingo	6,6	Keller, Ilka	6,6		CDU
28	Rhein-Steg-Kreis IV	Tüttenberg, Achim	33,2	Solf, Michael-Ezzo	50,2	Burger, Harald	6,9	Möws, Thomas	5,6	Solf, Michael-Ezzo	5,6		CDU
29	Bonn I	von Grünberg, Bernhard Wendelin Rudolf	35,4	Stahl, Helmut	38,2	Hahn, Peter	8	Schmidt, Thomas Reinhard Maria	13,6	Stahl, Helmut	13,6		CDU
30	Bonn II	Hendricks, Renate Maria	31,2	Lorth, Gerhard	46,4	Stamp, Joachim	9,7	Dörner, Katja	8,8	Lorth, Gerhard	8,8		CDU
31	Wuppertal I	Freimuth, Frank, Dr.	37,6	Ellinghaus, Horst-Emil	41,5	Hafke, Marcel	6,3	Hohagen, Michael	6	Ellinghaus, Horst-Emil	6		CDU
32	Wuppertal II	Tausch, Cornelia	37,6	Brakelmann, Peter	38,6	Wegener, Ralf	6,7	Wenderoth, Aline	8,5	Brakelmann, Peter	8,5		CDU
33	Wuppertal III - Solingen II	Bell, Dietmar Paul	36,9	Reck, Hans-Joachim	40,6	Thoms, Gisela Ruth	7,4	Lüdemann, Klaus	7,3	Reck, Hans-Joachim	7,3		CDU
34	Solingen I	Preuß-Buchholz, Iris	34,5	Westkämper, Horst	43,8	Pistor, Stefan	8,7	Lohrmann, Sylvia	6	Westkämper, Horst	6		CDU

35	Remscheid	Meinecke, Hans-Peter	37	Rühl, Elke Anna	43,2	Recknagel, Peter Volker	8,1	Schichel, David	4,8	Rühl, Elke Anna	CDU
36	Mettmann I	Bischoff, Werner	34	Clauser, Hans-Dieter	48	Proff, Christian, Dr.	6,6	Haase, Viktor	5,4	Clauser, Hans-Dieter	CDU
37	Mettmann II	Dinkelmann, Thomas	33,6	Giebels, Harald	45,8	Söffing, Jan	9	Göckertz, Marc	5,9	Giebels, Harald	CDU
38	Mettmann III	Kraft, Hans, Dr.	34	Droste, Wilhelm, Dr.	43	Kundt, Manfred	8	Fischer-Simon, Charlotte	5,4	Droste, Wilhelm, Dr.	CDU
39	Mettmann IV	Werner, Wolfgang	37,7	Ratajczak, Marc	48	Kitzrow, Hartmuth	7,2	Lessing, Nils	5,3	Ratajczak, Marc	CDU
40	Düsseldorf I	Neil-Paul, Claudia	34,7	Lehne, Olaf	44,2	Orth, Robert, Dr.	8,9	Hebeler, Angela	7,1	Lehne, Olaf	CDU
41	Düsseldorf II	Flessenkemper, Bernhard	36,8	Petersen, Jens, Dr.	41	Kocks, Gerhild Sigrid	7,4	Düker, Monika	7,7	Petersen, Jens, Dr.	CDU
42	Düsseldorf III	Krüger, Ralf Thomas	35,7	Jarzombek, Thomas	40,5	Görtz, Laura	8	Czerwinski, Norbert	9,7	Jarzombek, Thomas	CDU
43	Düsseldorf IV	Milles, Hans-Peter	37	Preuß, Peter	44,2	Suchantke, Fred	6,6	Abel, Martin-Sebastian	5,3	Preuß, Peter	CDU
44	Rhein-Kreis Neuss I	Behrens, Fritz, Dr.	30,4	Sahnen, Heinz	52,1	Pavlik, Jana, Dr.	7,5	Klimkicht, Michael Willi	5,1	Sahnen, Heinz	CDU
45	Rhein-Kreis Neuss II	Feuster, Edmund	35,2	Kress, Karl	49,5	Wolf, Rudolf	6,4	Kolmorgen, Ingo	3,6	Kress, Karl	CDU
46	Rhein-Kreis Neuss III	Apel-Haefs, Ulrike	27	Lienenkämper, Lutz	54,5	Lasogga, Frank, Dr.	9,2	Keymis, Oliver	5,4	Lienenkämper, Lutz	CDU
47	Krefeld I	Plafmann, Dirk	35,9	Kaiser, Peter	42,6	Enger, Thorsten	6,8	Heimendahl, Axel	7,3	Kaiser, Peter	CDU
48	Krefeld II	Schneppe, Petra	34,1	Schittges, Winfried	46,1	Stössel, Walter	8,3	Mälzer, Stefani	5,8	Schittges, Winfried	CDU
49	Mönchengladbach I	Körffges, Hans-Willi	33,7	Schroeren, Michael	48,5	Aschmutat, Uwe, Dr.	6,8	Siemes, Hans-Josef (Hajo)	5,2	Schroeren, Michael	CDU
50	Mönchengladbach II	Tillmann, Angela	29,2	Post, Norbert	53,1	Baus, Ralph	7,4	Walter, Peter	5,2	Post, Norbert	CDU
51	Viersen I	Ruff-Händelkes, Monika	30,8	Berger, Stefan, Dr.	51,5	Boßeler, Bert, Dr.	8	Maaßen-Pyritz, Martina	5,4	Berger, Stefan, Dr.	CDU
52	Viersen II	Leuchtenberg, Uwe	30	Weisbrich, Christian	50,7	Brockes, Dietmar	9,2	Rumphorst, Michael, Dr.	5,4	Weisbrich, Christian	CDU
53	Kleve I	Killewald, Norbert	26,3	Linssen, Helmut, Dr.	58,4	Traurig, Michael	7,2	Peters, Anna	4,4	Linssen, Helmut, Dr.	CDU
54	Kleve II	Wißen, Bodo	30,5	Palmen, Manfred	54,4	Gulan, Boris	6,2	Sickelmann, Ute	5	Palmen, Manfred	CDU
55	Oberhausen I	Große Brömer, Wolfgang Wilhelm Josef	51,1	Schranz, Daniel	31,1	Schuler, Peter	3,4	Höhn, Bärbel	5,6	Große Brömer, Wolfgang Wilhelm Josef	SPD
56	Oberhausen II - Wesel I	Groschek, Michael (Mike)	49,6	Hinnemann, Gisela	33,6	Opdenhövel, Christian	4,7	Plew, Peter	5,4	Groschek, Michael (Mike)	SPD
57	Wesel II	Roth, Wolfgang	41	Fasse, Marie-Luise	43,8	Götze-Rohen, Axel	5,4	Nienhaus, Peter	5,1	Fasse, Marie-Luise	CDU
58	Wesel III	Vöge, Horst-Dieter	39,4	Hüsken, Wolfgang	44,5	Langenberg, Steffen	6,3	Füllgraf, Elisabeth	4,9	Hüsken, Wolfgang	CDU
59	Wesel IV	Talhorst, Elke	50	Vmschen, Bruno	34,9	Borges, Martin	5	Küpperbusch, Philipp	4,7	Talhorst, Elke	SPD
60	Duisburg I	Walsken, Gisela	45,5	Mahlberg, Thomas	37	Ellerbrock, Holger	3,9	Wessel, Gabriela	6,4	Walsken, Gisela	SPD
61	Duisburg II	Bischoff, Rainer	48,6	Seidelt, Ferdinand	34	Haarhaus, Carsten	4,3	Leiß, Heinrich	5	Bischoff, Rainer	SPD
62	Duisburg III	Jäger, Ralf	50,5	Heidenreich, Frank	31,1	Albrecht, Frank	3,5	Özmal, Leyla	4,7	Jäger, Ralf	SPD
63	Duisburg IV	Link, Sören	52,9	Mosblech, Volker	31,9	Schulte-Herbrüggen, Kurt	3	Schröder, Hans-Jürgen	3,2	Link, Sören	SPD
64	Mülheim I	Kraft, Hannelore	45,5	Schlebusch, Hans-Martin	35,6	Mangen, Christian	5,7	Steffens, Barbara	6,3	Kraft, Hannelore	SPD
65	Essen I - Mülheim II	Kutschaty, Thomas	49,8	Kufen, Thomas	34	Schössner, Horst, Dr.	3,7	Kindesgrab, Dirk	4,6	Kutschaty, Thomas	SPD
66	Essen II	Hilser, Dieter	48,4	Britz, Franz-Josef	35	Vogt, Hans-Dieter	3,8	Riesner, Wiebke	5,1	Hilser, Dieter	SPD
67	Essen III	Altenkamp, Britta	46,5	Rodeike, Jörg	32,8	Hermann, Petra	4,4	Rommelspacher, Thomas, Dr.	8,3	Altenkamp, Britta	SPD
68	Essen IV	Weckmann, Peter	37,9	Kuhmichel, Manfred	43	Witzel, Ralf	6,5	Gehring, Kai Boris	8,2	Kuhmichel, Manfred	CDU
69	Recklinghausen I	Becker, Andreas	44,6	Hegemann, Lothar	39,4	Drozda, Christoph	4,2	Reitmeyer, Hans-Jürgen	5,1	Becker, Andreas	SPD
70	Recklinghausen II	Gottschlich, Margret	50,6	Dargel, Karl-Heinz	35,2	Hoffmann, Jens	4,1	Kneip, Karl	3,6	Gottschlich, Margret	SPD
71	Recklinghausen III	Röken, Wolfgang	46	Dahmen, Michael	37	Dohmann, Christine	4,1	Lehmann, Bernd	3,7	Röken, Wolfgang	SPD
72	Recklinghausen IV	Krebs, Andreas	40,1	Hovenjürgen, Josef	44	Fidora, Burkhardt, Dr.	4,1	Papenfuß, Horst	4,5	Hovenjürgen, Josef	CDU
73	Recklinghausen V	Sikora, Gabriele	48,2	Berkel, Josef	36,1	Burmman, Stefan	4,4	Wegner, Georg	4,4	Sikora, Gabriele	SPD
74	Gelsenkirchen I	Gebhard, Heike	51,8	Witke, Oliver	33,3	Buschmann, Marco	3,5	Schmitz, Matthias	3,5	Gebhard, Heike	SPD
75	Gelsenkirchen II	Töns, Markus	49,3	Wöll, Werner	32,7	Schaperdot, Susanne	3,7	Beck, Gabriele	4,1	Töns, Markus	SPD
76	Bottrop	Ruhkemper, Cornelia	49,8	Hirschfelder, Hermann	35,1	Stotz, Volker	3,3	Köllner, Roger	3,5	Ruhkemper, Cornelia	SPD
77	Borken I	Peschkes, Hans-Theodor	28,1	Wüst, Hendrik	58,3	Grüll, Stefan, Dr.	5,6	Halfmann, Ulrich	4,5	Wüst, Hendrik	CDU
78	Borken II	Wiegand, Stefanie	24	Tenhumberg, Bernhard	62,9	Busen, Karlheinz	5,9	Welper, Gerhard	3,7	Tenhumberg, Bernhard	CDU
79	Coesfeld I - Borken III	Jaziorski, Marc	24,8	Schemmer, Bernhard	61	Senger, Dietmar	5,9	Vogelpohl, Norbert	5	Schemmer, Bernhard	CDU
80	Coesfeld II	Stinka, André	26,8	Jostmeier, Werner	56,9	Wismann, Jochen	6,8	Gövert-Loos, Iris	5,4	Jostmeier, Werner	CDU

Wahlkreis		Kandidaten zur Landtagswahl vom 22. Mai 2005										direkt gewählt	
Nr.	Bezeichnung	SPD	%	CDU	%	FDP	%	GRÜNE	%				
81	Steinfurt I	Coße, Jürgen	29,2	Brüning, Hannelore	55,3	Mußmann, Jürgen	6,3	Rüße, Norwich	6,3	Brüning, Hannelore	5,4	CDU	CDU
82	Steinfurt II	Veldhues, Elisabeth	32,5	Wilp, Josef	53,5	Holtel, Alfred	5,2	Friedrich, Silke	5,2	Wilp, Josef	4,6	CDU	CDU
83	Steinfurt III	Streit, Stefan	42,4	Grunendahl, Wilfried	44,4	Horstmann, Patrick	5,1	Engelhardt, Annegret	5,1	Grunendahl, Wilfried	4,4	CDU	CDU
84	Münster I	Boos, Anna, Dr.	32,2	Kastner, Marie-Theres	43,1	Steinzen, Sebastian	6,9	Klein-Schmeink, Maria	6,9	Kastner, Marie-Theres	13,9	CDU	CDU
85	Münster II	Schulze, Svenja	33,2	Sternberg, Thomas, Dr.	44,2	Reuter, Arne	6,6	Sagel, Rüdiger	6,6	Sternberg, Thomas, Dr.	12,1	CDU	CDU
86	Warendorf I	Trampe-Brinkmann, Thomas	27,1	Sendker, Reinhold	56,5	Prinz, Alexander	7	Tarner, Hedwig	7	Sendker, Reinhold	5,8	CDU	CDU
87	Warendorf II	Watermann-Krass, Annette	34,3	Recker, Bernhard	51,6	Romberg, Stefan, Dr.	5,7	Sellerberg, Meinolf	5,7	Recker, Bernhard	4	CDU	CDU
88	Minden-Lübbecke I	Haseloh, Karl-Heinz	35,3	Origies, Friedhelm	50,3	Eickmeier, Andreas	5,4	Schmidt-Sawatzki, Elke	5,4	Origies, Friedhelm	4	CDU	CDU
89	Minden-Lübbecke II	Howe, Inge	42,4	Prasuhn, Ulrich	39,8	Thomann-Stahl, Marianne	6,3	Nicke, Axel	6,3	Howe, Inge	5,4	SPD	SPD
90	Herford I	Horstmann, Axel, Dr.	40,3	Aßbrock, Wolfgang	43,3	Paul, Stephen	5,9	Meinhold, Christian	5,9	Aßbrock, Wolfgang	5,1	CDU	CDU
91	Herford II	Danner, Dorothee	41,1	Bollenbach, Chris	43,4	Kalis, Martin	4,9	Holstiege, Elmar	4,9	Bollenbach, Chris	4,9	CDU	CDU
92	Bielefeld I	Garbrecht, Günter	39,6	Gemkow, Angelika	32,8	Goedtke, Jan	4,7	Vesper, Michael, Dr.	4,7	Garbrecht, Günter	16,2	SPD	SPD
93	Bielefeld II	Gießelmann, Helga	39,2	Lux, Rainer	44,4	Niemeyer, Detlef	4,6	Bolte, Matthias	4,6	Lux, Rainer	6,2	CDU	CDU
94	Gütersloh I - Bielefeld III	Bolte, Ursula	37,7	Kozlowski, Günter	43,1	Schultz-Tornau, Joachim	5,9	Lange, Helga	5,9	Kozlowski, Günter	8,6	CDU	CDU
95	Gütersloh II	Feuß, Hans	32,9	Doppmeier, Ursula	51	Stockamp, Dirk	5,5	Hesse, Jens	5,5	Doppmeier, Ursula	6	CDU	CDU
96	Gütersloh III	Ovelgönne, Andreas	25,3	Brinkmeier, Michael, Dr.	60,6	Wilke, Johannes	5,6	Mückshoff, Dietmar	5,6	Brinkmeier, Michael, Dr.	4,3	CDU	CDU
97	Lippe I	Schäfer, Ute	40,2	Kemper, Heinrich	42,3	Pieper-von Heiden, Ingrid	6,6	Schäfermeier, Rainer	6,6	Kemper, Heinrich	5,1	CDU	CDU
98	Lippe II	Meise-Laukamp, Ina	42,2	Kern, Walter	42,4	Schiek, Markus	4,9	Albrecht, Matthias	4,9	Kern, Walter	4,5	CDU	CDU
99	Lippe III	Böcker, Manfred	40,1	Luckey, Manfred	41,4	Branding, Burkhard, Dr.	6,4	Enzensberger, Thomas	6,4	Luckey, Manfred	6,1	CDU	CDU
100	Paderborn I	Ziebarth, Cordula	21,3	Westerhorstmann, Maria	65,2	Kesternich, Brigitte	5,4	Birkelbach, Carsten	5,4	Westerhorstmann, Maria	3,4	CDU	CDU
101	Paderborn II	Nacke, Detlef	26,2	Schmitz, Wolfgang	55,6	Lackmann, Jan	5,9	Beer, Sigrid	5,9	Schmitz, Wolfgang	7	CDU	CDU
102	Höxter	Unruhe, Jürgen	23,8	Fehring, Hubertus	61,7	Zurbrüggen, Hans Jürgen	5,4	Bläsing, Gisbert	5,4	Fehring, Hubertus	3,6	CDU	CDU
103	Hagen I	Jörg, Wolfgang	42,1	Diegel, Helmut	41,2	Alda, Ulrich	4,8	Preuß, Rainer, Dr.	4,8	Jörg, Wolfgang	4,5	SPD	SPD
104	Hagen II - Ennepe-Ruhr-Kreis III	Kramer, Hubertus	43,8	Kraft, Johannes	39,5	Bicking, Gunther	5,7	Haltaufderheide, Karen	5,7	Kramer, Hubertus	4,7	SPD	SPD
105	Ennepe-Ruhr-Kreis I	Bovermann, Rainer Georg, Dr.	43,2	van Dinter, Regina	37,7	Middeldorf, Bodo	6,4	Altenheim, Brigitte	6,4	Bovermann, Rainer Georg, Dr.	6,1	SPD	SPD
106	Ennepe-Ruhr-Kreis II	Stotko, Thomas	45,6	Dyker, Gerald, Dr.	33,1	Sodenkamp, Daniel, Dr.	5,9	Reuter, Klaus, Dr.	5,9	Stotko, Thomas	8,2	SPD	SPD
107	Bochum I	Gödecke, Carina Barbara	49,5	Pieper-Sentürk, Ingrid	30,8	Czekala, Stephanie	4	Jung, Barbara	4	Gödecke, Carina Barbara	7,2	SPD	SPD
108	Bochum II	Eiskirch, Thomas	47,2	Mitschke, Roland	33,8	Paßmann, Thomas	5,1	Calikoglu, Mustafa	5,1	Eiskirch, Thomas	8,2	SPD	SPD
109	Bochum III - Herne II	Fischer, Birgit Marlies	50,8	Küpper, Ulrich	30,9	Dreckmann, Ute, Dr.	3,8	Groth, Ewald	3,8	Fischer, Birgit Marlies	5,6	SPD	SPD
110	Herne I	Sichau, Frank	51,3	Lewburg, Michael	31,2	Bloch, Thomas A.	3,5	Wolf, Armin	3,5	Sichau, Frank	4,2	SPD	SPD
111	Dortmund I	Krauskopf, Annegret	49,4	Tigges, Jörg	30,8	Barbato, Sandro	3,6	Hilbert-Zamfirescu, Helga	3,6	Krauskopf, Annegret	8,5	SPD	SPD
112	Dortmund II	Kieninger, Gerda	47,6	Decking-Hartleif, Roswitha	31,7	Bensing, Sascha	4,4	Schneckenburger, Daniela	4,4	Kieninger, Gerda	8,9	SPD	SPD
113	Dortmund III	Schartau, Harald	47,8	Wafsmann, Uwe	35,7	Hengstenberg, Silke	4,4	Tönnies, Martin	4,4	Schartau, Harald	5,8	SPD	SPD
114	Dortmund IV	Bollermann, Gerd, Dr.	45,4	Middendorf, Claudia	36,5	Schmitt, Gerhard Arnold	5,2	Nedler, Manfred	5,2	Bollermann, Gerd, Dr.	7,1	SPD	SPD
115	Unna I	Kuschke, Wolfram	43,5	Kordowski, Gabriele	39,2	Schmidt, Günter	5,6	Bürhaus, Gudrun	5,6	Kuschke, Wolfram	6,5	SPD	SPD
116	Unna II	Schmeltzer, Rainer	44,4	Stallmann, Klaus	41,3	Staschat, Thomas	4,2	Richter, Britta	4,2	Schmeltzer, Rainer	4,2	SPD	SPD
117	Unna III - Hamm II	Steinbrück, Peer	55,9	Wilke, Dirk	30,1	Bremmer, Tim Anselm	3,6	Grüneberg, Carsten, Dr.	3,6	Steinbrück, Peer	4,4	SPD	SPD
118	Hamm I	Scholz, Georg, Dr.	42,7	Burkert, Oskar	43,4	Marohn, Ralf	4,3	Weymann, Karsten	4,3	Burkert, Oskar	4,5	CDU	CDU
119	Soest I	Römer, Norbert	31,6	Uhlenberg, Eckhard	52,2	Reinecke, Wilhelm	6	Maybaum, Jutta	6	Uhlenberg, Eckhard	5,5	CDU	CDU



120	Soest II	Stotz, Marlies	33,9	Lohn, Werner	48,8	Rasche, Christof	8,7	Rönnau, Wilhelm	4,2	Lohn, Werner	CDU
121	Märkischer Kreis I	Scheffler, Michael	37,8	Schick, Thorsten	46	Schlieper, Gisela	5,5	Olbrich-Tripp, Elke	3,9	Schick, Thorsten	CDU
122	Märkischer Kreis II	Antoni, Jürgen	33,2	Schulte, Hubert	50,8	Stracke, Olaf	6,5	Maurer, Dietrich	3,7	Schulte, Hubert	CDU
123	Märkischer Kreis III	Wirth, Gerhard Walter	36	Schulte, Bernd	45	Freimuth, Angela	8	Reyher, Hermann	4,8	Schulte, Bernd	CDU
124	Hochsauerlandkreis I	Stüttgen, Gerd	29,3	Kaiser, Klaus	56,9	Brand, Rolf Ferdinand	6,1	Bergmann, Peter	3,4	Kaiser, Klaus	CDU
125	Hochsauerlandkreis II - Soest III	Rudolph, Karsten	26,8	Kleff, Hubert	60	Brendel, Karl Peter	5,6	Heithorst, Reinhard	3,2	Kleff, Hubert	CDU
126	Siegen-Wittgenstein I	Schwarz-Schumann, Helga	35,2	Klein, Volkmar	46,7	Al Omary, Falk Stad	5,1	Remmel, Johannes	5,5	Klein, Volkmar	CDU
127	Siegen-Wittgenstein II	Sittler, Michael	35,1	Brunert-Jetter, Monika	49	Heimel, Ferdinand	5,6	Hoppe-Hoffmann, Anke	4,5	Brunert-Jetter, Monika	CDU
128	Olpe	Jung, Reinhard	24,2	Kruse, Theodor	64	Hilchenbach, Nicole	5	Sauer, Gerhard	3	Kruse, Theodor	CDU

Abgeordnete von den Landesreserverlisten

SPD

Apel-Haefé, Ulrike	Korschenbroich
Behrens, Fritz, Dr.	Jüchen
Brunn, Anke	Köln
Dieckmann, Jochen Rudolf	Düsseldorf
Gießelmann, Helga	Bielefeld
Hammelrath, Helene Cäcilia	Bergisch Gladbach
Haseloh, Karl-Heinz	Hille
Hendricks, Renate Maria	Bonn
Horstmann, Axel, Dr.	Herford
Jung, Reinhard	Wenden
Killewald, Norbert	Kevelaer
Körffes, Hans-Willi	Mönchengladbach
Koschorreck, Elisabeth	Düren
Leuchtenberg, Uwe	Tönisvorst
Meurer, Ursula	Heinsberg
Moron, Edgar	Erfstadt
Nell-Paul, Claudia	Düsseldorf
Peschkes, Hans-Theodor	Bocholt
Römer, Norbert	Castrop-Rauxel
Rudolph, Karsten	Bochum
Ruff-Händelkes, Monika	Viersen
Schäfer, Ute	Lage
Schultheis, Karl	Aachen
Schulze, Svenja	Münster
Schwarz-Schumann, Helga	Siegen
Stinka, André	Dülmen
Stotz, Marlies	Lippstadt
Tillmann, Angela	Mönchengladbach
Trampe-Brinkmann, Thomas	Ennigerloh
Tüttenberg, Achim	Troisdorf
Unruhe, Jürgen	Steinheim
Veldhues, Elisabeth	Rheine
Watermann-Krass, Annette	Sendenhorst
Wiegand, Stefanie	Südlohn
Wißen, Bodo	Rees

GRÜNE

Asch, Andrea Ursula	Köln
Becker, Horst-Helmut	Lohmar
Beer, Sigrid	Paderborn
Düker, Monika	Düsseldorf
Höhn, Bärbel	Oberhausen
Keymis, Oliver	Meerbusch
Löhrmann, Sylvia	Solingen
Priegen, Reiner	Aachen
Remmel, Johannes	Siegen
Sagel, Rüdiger	Münster
Steffens, Barbara	Mülheim an der Ruhr
Vesper, Michael, Dr.	Köln

FDP

Brockes, Dietmar	Brüggen
Freimuth, Angela	Lüdenscheid
Lindner, Christian	Wermelskirchen
Orth, Robert, Dr.	Mettmann
Papke, Gerhard, Dr.	Königswinter
Pfeper-von Heiden, Ingrid	Oerlinghausen
Rasche, Christof	Erwitte
Romberg, Stefan, Dr.	Drensteinfurt
Söffing, Jan	Mettmann
Thomann-Stahl, Marianne	Minden
Witzel, Ralf	Essen
Wolf, Ingo, Dr.	Euskirchen

175 Millionen für Stadterneuerung

Minister stellt Programm vor – Zwischenbericht zur LEG-Affäre

175 Millionen stellt das Land in diesem Jahr für Maßnahmen im Städtebau zur Verfügung. Hinzu kommen weitere 16 Millionen so genannte Kofinanzierungsmittel für Förderprogramme des Bundes. Nach welchen Kriterien Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) das Geld verteilen will, erläuterte er bei der Vorstellung des Stadterneuerungsprogramms im Städtebauausschuss unter Vorsitz von Wolfgang Röken (SPD).

Als Schwerpunkt sollen fünf Bereiche nach Darstellung des Ministers gefördert werden:

- Maßnahmen zur Stärkung der Innenstädte um der Stadtflucht entgegenzuwirken.
- Projekte im Rahmen des Strukturwandels durch Gelder des Projektes Stadtbau West.
- Hilfen im Programm „soziale Stadt“ für ein besseres Miteinander der unterschiedlichen sozialen Gruppen.

- Initiativen um Brachen für die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie, aber auch Wohn- und Erholungsraum zurück zu gewinnen – insbesondere als Mischform.
- Regionale Entwicklungsstrategien, bei denen mehrere Kommunen zusammenarbeiten.

Ein Katalog, der bei Dieter Hilser (SPD) volle Zustimmung fand. Bernd Schulte (CDU) hingegen kritisierte die mangelnde Vernetzung der

konkreten Programme. Außerdem zweifelte er, dass die finanziell gebeutelten Kommunen künftig ihre Eigenanteile aufbringen könnten. Zumindest 2004, konterte Minister Vesper, hätten 99 Prozent aller Maßnahmen bewilligt werden können. Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE) setzte – Beispiel Essen – auf private Kofinanzierung. Allerdings räumte er ein: „Es ist immer zu wenig, wir könnten auch das Doppelte verbauen.“

Wenig Neues gab es in der LEG-Affäre zu vermelden. Hier dauerten, so der Minister, die Prüfungen an. Allerdings sehe er nach einem ersten Gutachten keine Veranlassung, die LEG in das Korruptionsregister aufzunehmen, das sie von öffentlichen Aufträgen ausschließen würde. Eine Sichtweise, die im Ausschuss für heftige Diskussionen sorgte. **vol**

Partnerregion für das Land gesucht

Parlamentariergruppe mit konkreten Projekten für die Zukunft

Über 630.000 Menschen türkischer Herkunft leben derzeit in Nordrhein-Westfalen. Das ist rund ein Drittel aller in Deutschland lebenden Türken. Kein Wunder also, dass – gerade auch im Zusammenhang mit der Debatte um den EU-Beitritt – auch der Landtag ein besonderes Augenmerk auf die deutsch-türkischen Beziehungen hat. Seit längerem hat sich eine eigene Parlamentariergruppe um den Vorsitzenden Wolfgang Röken (SPD) diesem wichtigen Thema angenommen.



Von nachlassender Begeisterung für den EU-Beitritt der Türkei berichtete Faruk Sen (L), Leiter des Essener Instituts für Türkeistudien, den Mitgliedern der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe. Die Gruppe tagte auf ihrer letzten Sitzung unter dem Vorsitz von Wolfgang Röken (r.) und hatte Europaminister Wolfram Kuschke (M.) zu Gast.

Foto: Schälte

Unter fachkundiger Begleitung von Faruk Sen, Leiter des Essener Zentrums für Türkeistudien, führten die Abgeordneten zahlreiche Gespräche mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft, aber auch mit Elternvereinen und Menschen „von der Basis“. „Wir haben viel erreicht, aber die Aufgaben werden nicht weniger“, waren sich die Abgeordneten aller Fraktionen in ihrer letzten Sitzung vor Ende der Legislaturperiode einig. Zumal, so berichtete Sen, auch die Begeisterung für den EU-Beitritt am Bosphorus nach Studium der Details nachlasse.

Gern erinnerten sich die Parlamentarier an die Reise einer zehnköpfigen Delegation im vergangenen Oktober nach Izmir und in die Region Ägäis. Letztere spielt auch bei zukünftigen Überlegungen eine wichtige Rolle: Warum

sollte Nordrhein-Westfalen nicht eine offizielle Partnerschaft mit einer großen türkischen Region eingehen – so die Idee.

„Wir haben das aufgegriffen“, berichtete Europaminister Wolfram Kuschke (SPD) den Parlamentariern. Erst vor wenigen Tagen habe man vor Ort mit Vertretern der Regierung, dem Gouverneur, Bürgermeistern und Wirtschaftsvertretern gesprochen. „Alle waren begeistert, wir erwarten noch vor der Sommer-

pause einen Gegenbesuch“, so der Minister. Bis dahin will man zusammenfassen, welche Kontakte es im Land bereits gibt und welche man vielleicht neu anstoßen kann. So hatten Minister und Parlamentarier spontan die Idee, als Land NRW sich auch beim sportlichen Großereignis, der Universiade 2005 in Izmir zu präsentieren. Schließlich fand die auch schon in Duisburg statt und allein aus NRW werden 400 Sportler in die Türkei reisen. **vol**

Medienfreiheit mit Hilfe aus NRW

Nordirak will demokratische Mustergesellschaft werden

Die internationale Staatengemeinschaft kennt das Gebiet als Nordirak. Die dort lebenden Menschen nennen ihre Heimat Südkurdistan. Nordrhein-Westfalen pflegt seit langem intensive Beziehungen zur dortigen kurdischen Bevölkerungsmehrheit und begleitet konstruktiv den Demokratisierungsprozess. Im Medienausschuss (Vorsitz Claudia Nell-Paul, SPD) sprach der Journalist Jürgen Hoppe von der Gesellschaft „Pressefreiheit im Nordirak“ über seine Arbeit vor Ort und die entstehende Medienlandschaft in der Region.

Das Kurdengebiet des Nordirak wird nicht nur durch seine strategische Position und Ölvorkommen für die internationale Politik zukünftig eine wichtige Rolle spielen, sondern vor allem dadurch, dass das Gebiet den Kern einer Landschaft sich entwickelnder Demokratie bildet“, sagte Jürgen Hoppe. Im Irakkrieg hätten die Kurden die Alliierten unterstützt und sich nach dem Sturz Saddam Husseins einen nicht zu unterschätzenden politischen Einfluss erarbeitet. „Ohne die Kurden geht in Bagdad nichts mehr. Sie stellen den Staatspräsidenten und einige der wichtigsten Minister“, erläuterte Hoppe dem Ausschuss.

Wenngleich seit dem Ende des Saddam-Regimes in Südkurdistan viele kleine Zeitungen und Magazine auf den Markt drängten, befänden sich TV-Sender und Tageszeiten noch fest in der Hand der beiden dominierenden po-

litionen, Normen und Werte verstoßen sowie nicht die öffentliche Ordnung stören dürfe.

Der Reformprozess habe jedoch bereits begonnen. „Der Nordirak möchte eine Mustergesellschaft für Demokratie werden, um die Region gleichsam mit Demokratie zu infizieren“, so Hoppe.

„Wir als Deutsche aus Nordrhein-Westfalen sind gebeten worden, beim Aufbau eines Mediensystems zu helfen, so wie die Briten es bei uns nach 1945 taten.“

Jürgen Hoppe und sein Kollege Ulrich Pätzold, Professor für Journalistik an der Universität Dortmund, arbeiten vor allem auf das Entstehen einer unabhängigen Presseagentur hin, die parteipolitisch unabhängige und objektive Informationen aus der Region in alle Welt liefert. KDP und PUK unterstützen die beiden Deutschen.

Anders als Bagdad und das sunnitische Dreieck sei die Kurdenzone ein sicheres, von wirtschaftlichem Aufschwung geprägtes Gebiet. Die bestehende Sicherheitswarnung des Auswärtigen Amtes für den Nordirak findet Hoppe nicht gerechtfertigt.

Probleme habe die Gesellschaft besonders bei der Einwerbung von Spendengeldern. „In Frage kommende Sponsoren verweigern die Mittel häufig mit der Frage, warum denn gerade Deutschland sich für den Nordirak zuständig fühlen sollte“, bedauerte Hoppe.

„Sie kennen die Haushaltslage des Landes“, wandte Dr. Stefan Grüll (FDP) ein. „Wie können wir Sie bei ihrem Erfolg versprechenden Vorhaben jenseits pekuniärer Aspekte unterstützen?“ Darauf Hoppe: „Unterstützen Sie uns als Landtag politisch und menschlich. Nur so kommen wir weiter.“



Ausschussvorsitzende Claudia Nell-Paul (SPD)



Der Journalist Jürgen Hoppe
Fotos: Schälte

litischen Parteien „Patriotische Union Kurdistans“ (PUK) und „Kurdische demokratische Partei“ (KDP).

Über weltpolitisches Geschehen werde objektiv berichtet. Nationale Nachrichten seien jedoch stark parteipolitisch geprägt. Die Pressefreiheit sei dadurch eingeschränkt, dass Berichterstattung, wie es heißt, nicht gegen Tradi-

„Welche Rolle spielen die Frauen in den nordirakischen Medien?“ wollte Claudia Nell-Paul (SPD) wissen. „Der kleinen Zahl an Moderatorinnen im kurdischen Fernsehen kommt eine starke Vorbildfunktion zu. Allerdings ist es unmöglich, bei einer Umfrage auf der Straße auch Frauen einzubeziehen. Es muss noch viel Aufklärung geleistet werden. Wir hoffen darauf, dass die nachwachsende Generation uns dabei unterstützt“, lautete die Antwort.

Oliver Keymis (GRÜNE) warf die Frage nach den Unabhängigkeitsbestrebungen des geteilten Kurdistans auf. Womit sei der Freiheit mehr gedient, mit Boykott oder gesellschaftlicher Teilhabe? „Autonomie macht für die Kurden im Moment keinen Sinn“, schätzte Jürgen Hoppe die Lage ein. „Die Kurden müssen kulturell erstarken und vor allem in punkto Medienfreiheit und Rechtsstaatlichkeit ein Vorbild für den Irak sein. Das hat dann wiederum eine positive Auswirkung auf das Selbstbewusstsein der Kurden in anderen Staaten“, sagte Hoppe, und beantwortete damit gleichzeitig die Frage von Hermann-Josef Arentz (CDU) nach der Wechselwirkung zwischen der sich entwickelnden Medienlandschaft im Norden und dem Demokratisierungsprozess des gesamten Iraks.

YV

Bittere Pille für Rübenbauern

Abgeordnete diskutieren geplante europäische Zuckermarktordnung

Die seit 1968 bestehende Zuckermarktordnung (ZMO) sorgt dafür, dass die Bevölkerung auf dem europäischen Gesamtmarkt mit Zucker zu angemessenen Preisen versorgt wird. Mitte vergangenen Jahres stellte die EU-Kommission auf Drängen der Welthandelsorganisation (WTO) Reformvorschläge vor, die radikale Veränderungen vorsehen: Subventionen sollen verringert, Quoten vereinheitlicht und Mindestpreise gesenkt werden. Folge: Empörung unter Bauernverbänden, Gewerkschaften und in der Wirtschaft.

Die Parteien im Landtag sind sich einig, dass der Einstieg in die Reform erst im kommenden und nicht, wie geplant, im Juli diesen Jahres erfolgen sollte. Diese und weitere Korrekturvorschläge zur ZMO wurden jetzt mit den Anträgen der SPD und GRÜNEN (Drs. 13/6208) und der CDU (Drs. 13/6061) im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) diskutiert. Zucker ist durch den Rübenanbau – auch in Europa – ein wichtiges wirtschaftliches Gut. Ein Drittel des weltweit produzierten Zuckers wird aus Zuckerrüben, der andere Teil aus dem Zuckerrohr gewonnen. Auch für NRW hat der Zuckerrübenanbau eine große Bedeutung: 7.800 landwirtschaftliche Betriebe verarbeiten in NRW auf 70.000 Hektar Land die weiße Rübe zu Zucker. Insgesamt finden 4.100 Menschen einen Arbeitsplatz in der Zuckerindustrie.

Nun wird die Zuckermarktordnung für viele kleinere landwirtschaftliche Betriebe das Ende bedeuten, befürchtet die Landwirtschafts-

kammer NRW. Grund dafür ist die als Folge der Reform vorgesehene Kürzung der Zuckerrübenmindestpreise, die in Etappen um 37 Prozent gekürzt werden. Das bedeutet, dass eine Tonne nicht mehr 43,60 Euro, sondern nur noch 27,40 Euro kosten wird. Gleichzeitig sollen künftig weniger Zuckerrüben in der EU angebaut werden. Auch Subventionen vom Staat werden verringert. So müssten zwei Drittel der Rüben anbauenden Betriebe aus dem Zuckerrübengeschäft aussteigen, sieht die Landwirtschaftskammer voraus.

EINSATZ

Die Landesregierung muss – das wurde im Ausschuss deutlich – auf Bundesebene und auf europäischer Ebene mehr Einsatz für den heimischen Zuckerrübenanbau zeigen. Eckhard Uhlenberg (CDU) forderte, man müsse zu Kompro-

Die EU und der Zucker – für die Zuckerrübenbauern des Landes wird die Europafahne derzeit zum roten Tuch: Sie fürchten Einnahmeverluste, wenn die Brüsseler Kassen ihre Zuschüsse wie geplant herunterfahren.

Montage: Schälte

missen kommen. So sollten Preissenkungen verhindert werden und der Binnenmarktpreis erhalten bleiben. Dies lehnte der SPD-Abgeordnete Dr. Georg Scholz ab. Er erklärte, es sei für alle Parteien das Beste, den Kurs der EU einzuschlagen. Jedoch müsse dabei die Zuckerindustrie in NRW gesichert bleiben. Felix Becker von der FDP hielt den Antrag der CDU für einen guten Anfang, jedoch wolle man sich bei der Abstimmung enthalten, um weitere Entwicklungen der ZMO abzuwarten. Reiner Priggen (GRÜNE) versicherte, man werde sich für einen guten Ausgang der Reform einsetzen.

Die Koalition empfahl, weitere Entscheidungen zu diesem Thema zu verschieben und die laufenden Verhandlungen mit der WTO über die ZMO-Reform abzuwarten. **CL**

Wann wer mit welchen Mitteln fahndet ...

Ausschuss berät nach Ausbruch aus Forensik

Wegen mehrfachen Kindesmissbrauchs saß Erwin M. in der forensischen Abteilung der Rheinischen Landeslinik Düren. Bis zum 8. März. An diesem Tag floh der 51-jährige aus dem Maßregelvollzug. Öffentlich gefahndet wurde erst, nachdem eine Zeitung auf das Thema gestoßen war. Korrekte Einschätzung oder Fehlverhalten? Sind die bestehenden Fahndungsregelungen bei Forensik-Ausbrüchen ausreichend? Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) stand Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) Rede und Antwort.

Noch nie sei die Zahl der Entweichungen aus forensischen Abteilungen so gering gewesen wie im letzten Jahr, sagte die Ministerin. Das in NRW seit der Novelle des Maßregelvollzuges geltende Sicherheitskonzept werde von anderen Ländern als beispielhaft angesehen. In dem konkreten Fall, hatte die Klinikleitung die Polizei bereits eine Minute nach Bekanntwerden des Ausbruchs informiert, die Fahndung war sofort angelaufen.

Ob das mit oder ohne Öffentlichkeit geschieht, hänge von der Einschätzung der behandelnden Ärzte ab, wie gefährlich der Patient ist. Erwin M. schätzten die Verantwortlichen als nicht akut gefährlich

ein. Nachdem der Fall dann aber öffentlich geworden sei, habe man auch öffentlich gefahndet.

Ein Verfahren, das nicht bei allen Ausschussmitgliedern auf Zustimmung stieß. Hier reichten keine subjektiven Einschätzungen, man brauche feste Regeln, kritisierten CDU und FDP. Die Koalitionsfraktionen mahnten, das Thema eigne sich nicht für den Wahlkampf; man wolle sich die Fahndung aber in der nächsten Legislatur gemeinsam mit dem Innenausschuss „noch einmal ganz in Ruhe anschauen“. Übrigens wurde Erwin M. aufgrund von Hinweisen eines ehemaligen Mitpatienten bereits Ende März festgenommen. **voK**

Rückzug statt Integration

Abgeordnete nehmen Bericht über Zuwanderersituation entgegen

Bevor er sein Mandat niederlegt und in den Ruhestand wechselt, setzte Dr. Karl Lefringhausen in seinem letzten Bericht als Integrationsbeauftragter des Landes Akzente: Es gebe noch unerledigte Aufgaben in Sachen Integration von Migranten, die auch nach dem Ende der Legislaturperiode besondere Aufmerksamkeit bekommen sollten, betonte er im Ausschuss für Migrationsangelegenheiten (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD). Darüber waren sich auch die Abgeordneten einig: Der Bericht zeige nicht nur Mängel auf, sondern motiviere auch zum Weitermachen.



Dr. Klaus Lefringhausen
Foto: Schälte

Terror, religiöse Auseinandersetzungen, illegale Einwanderung – das sind die Themen, die Tag für Tag die Medienlandschaft prägen. Überall wird eine Gefährdung durch die Islamisten gesehen und dies schafft bei der Bevölkerung Misstrauen. Zuwanderer sitzen hier oft „auf der Anklagebank“ und werden von den Medien mit Negativbeispielen besetzt. Die Leidtragenden sind Zuwanderinnen und Zuwanderer in Deutschland, die hierher kamen, um sich und ihren Kindern eine bessere Zukunft zu garantieren, zu arbeiten und in einem Sozialstaat integriert zu leben. Konsequenz dieser einseitigen Medienpolitik ist Angst, Unsicherheit und der Rückzug in eigene religiöse und kulturelle Traditionen. Die Solidarisierung der Zuwanderer mit anderen Betroffenen be-

hindert die Integration in die deutsche Kultur und Gesellschaft.

Integrationsbeauftragter Lefringhausen appellierte, die Politik müsse hier ansetzen: Angemessene medienpolitische Begleitung und eine Aufklärung, die verdeutliche, dass Zuwanderer nicht nur „die Sozialfälle der Nation“ sind, sondern vor allem auch Mitglieder unserer modernisierenden Gesellschaft, müssten umgesetzt werden. Man dürfe nicht zulassen, dass sich Zuwanderer aus Unsicherheit zurückzie-

hen. Sie sollten sich willkommen fühlen und als Bürger lernen, Verantwortung für den Staat zu übernehmen.

Speziell die Islamisten, so Lefringhausen, fänden oft nur in ihrer Glaubensgemeinschaft und nicht in der deutschen Kultur- und Lebensgemeinschaft Halt.

Sonderthemen, wie illegale Einwanderung und Islamismus, behinderten eine problemlose Integration und die Eingliederung in die neue Heimat. Die Politik müsse sich deshalb weiterhin verstärkt um die Einbindung von Zuwanderern in die Gesellschaft kümmern.

Besonders auf jugendliche Zuwanderer sollte in Zukunft verstärkt eingegangen werden. Mit Jugendkongressen für und mit Jugendlichen und Familientagen könne Eltern und Kindern mit Migrationshintergrund gezeigt werden, dass sie nicht allein sind, regte der Integrationsbeauftragte an.

Das Eigeninteresse des Staates an den jugendlichen Zuwanderern sei nicht zu vergessen: In den nächsten Jahren würden keine fehlenden Arbeitsplätze Probleme schaffen, sondern fehlende Fachkräfte. Deshalb sollte man auch auf junge Migranten bauen und sie in die Wirtschaft einbinden.

Die Abgeordneten waren sich alle einig, dass unter dieses Thema noch lange kein Schlussstrich zu ziehen sei. Dem Ausschuss und dem Integrationsbeauftragten komme eine große Bedeutung zu, es hätte eine verheerende Wirkung auf die Integration, wenn der Ausschuss in der neuen Legislaturperiode nicht mehr zustande käme. Man wolle weiter daran arbeiten Zuwanderinnen und Zuwanderer mehr in Wirtschaft und Kultur einzubeziehen und sie in NRW willkommen heißen. **CL**

Damoklesschwert Umsatzsteuer

Über die Auswirkungen von EU-Richtlinien auf das Land

Auch wenn die EU-Verfassung noch nicht in Kraft ist: Verordnungen aus Brüssel haben schon heute erhebliche Auswirkungen auf die Landesgesetzgebung. Welche, das musste der Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) jetzt an zwei konkreten Beispielen diskutieren – den geplanten EU-Subventionskürzungen und der anstehenden Umsatzsteuerpflicht für staatliche Spielkasinos.

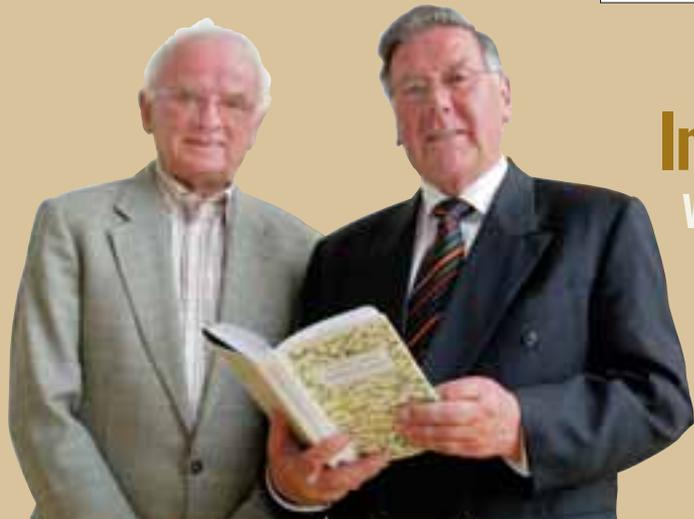
Hier hat der Europäische Gerichtshof der deutschen Politik ins Stammbuch geschrieben, die Benachteiligung privater Spielhallen gegenüber den staatlichen Kasinos zu beenden. Dabei, so erfuhren die Abgeordneten von den Experten des Finanz-

ministeriums, gebe es dann zwei Möglichkeiten: Entweder auch private Spielhallen von der Steuer zu befreien, oder die staatlichen Kasinos in die Umsatzsteuerpflicht zu nehmen.

Ein zweiseitiges Schwert, waren sich alle Fraktionen einig. Auf der einen Seite bringt die Umsatzsteuer Geld ins Staatssäckel, andererseits dürfte es dann nur eine Frage der Zeit sein, bis die Spielbanken um eine Absenkung

der Abgabe an das Land ersuchen. Ganz zu schweigen von eventuellen Rückforderungen. Denn sollten aufgrund dieses Urteils alle Spielhallenbesitzer die Umsatzsteuer verweigern, risse das ein Loch von jährlich 16 Millionen in den Haushalt. Die Rückforderungen könnten sich auf 130 Millionen Euro addieren.

Weniger präzise sind bisher die Schätzungen, was die Neustrukturierung der EU-Subventionen mit sich bringt. Unstreitig scheint jedoch, dass weniger Geld ins Land fließen wird. Wie viel, das hänge von verschiedenen Faktoren ab: Wie groß der EU-Haushalt sei, wie hoch die Fördermarge und ob es tatsächlich bei der Aufteilung 14 Prozent für regionale Weiterentwicklung bleibe, so die Experten des Ministeriums. **volk**



Sie managen die Vereinigung der Ehemaligen: Geschäftsführer Horst Sommerfeld (L.) und Vorsitzender Dr. Rolf Krumsiek (r.). Foto: Schälte

In alter Verbundenheit

Vereinigung früherer Landtagsabgeordneter wird 25

25 Jahre ist es her, dass die Abgeordneten Hans-Georg Vitt (SPD), Hans Koch (FDP) und Christoph Schulze-Stapen (CDU) sich bei ihrem Ausscheiden aus dem Landtag Gedanken machten, wie man dem Hohen Hause weiterhin verbunden bleiben könnte. Heute zählt die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtages NRW 350 Köpfe. „Und nach der Wahl werden wohl wieder eine ganze Reihe hinzukommen“, freut sich Dr. Rolf Krumsiek, der der Vereinigung seit fünf Jahren vorsteht. Übrigens nicht automatisch, die ausscheidenden Abgeordneten entscheiden sich ganz bewusst für eine solche Mitgliedschaft.

Ziele der illustren Schar, der auch aktive Spitzenpolitiker wie Peer Steinbrück oder Helmut Linssen angehören, sind seit dem Gründungstag am 28. Mai 1980 die gleichen geblieben: Die Gemeinschaft zwischen den ehemaligen Abgeordneten pflegen, die Verbindung zu den Fraktionen im Hohen Haus zu fördern und die reichhaltige Erfahrung zum Nutzen des Landes NRW und der Bundesrepublik einzubringen. Eine Gratwanderung, „Was wir nicht wollen, ist uns in die aktive Politik einmischen – so nach dem Motto, das hätten wir früher anders gemacht“, betont der ehemalige Minister Krumsiek. Obwohl der Rat der „elder statesmen“ sicher manchmal spannend

wäre. „Wir beschränken uns da auf die Dinge, die uns berühren. So haben wir uns natürlich in die Debatte um das Abgeordnetengesetz eingeschaltet, aber nur soweit es Auswirkungen auf die Hilfskasse hat. Und das geht ja auch die Ehemaligen an.“

Dass die politischen Themen die Politiker im Ruhestand aber so ganz eben doch nicht in Ruhe lassen, sieht man an den Zielen der regelmäßig zwei Mal im Jahr stattfindenden Info-Reisen – alle übrigens aus eigener Tasche finanziert, wie die Abgeordneten a.D. betonen. Den jährlichen Landeszuschuss in Höhe von 10.000 Euro habe man gerade einmal zur Hälfte in Anspruch genommen.

Politische Diskussion, Kultur und Landschaft, das sind die drei Schwerpunkte der

Ausflüge. So besuchte die Vereinigung jüngst die Firma Gelsenwasser, war in Garzweiler, auf dem Flughafen Düsseldorf. 2005 führt der Weg nach Baden-Württemberg, wo unter anderem ein Besuch der Universität Tübingen, von Schwäbisch Hall und natürlich der Empfang im Landtag ansteht.

25-jähriges Vereinsjubiläum feiern im Jubiläum übrigens gleich zwei Mitglieder des zehnköpfigen Vorstandes: Dr. Fritz Bergmann (SPD) und Dr. Hubert Türk (CDU) sind seit dem ersten Tag dabei. Krumsiek ist seines Zeichens der dritte Vorsitzende. Von 1980 bis 1990 führte Gustav Niermann den Verein an, ihm folgte Inge Donnepp. Und nach der Wahl wird ein neuer Vorstand gewählt. „Wir haben extra gewartet, damit die Neuen mitwählen können“, so Krumsiek. Er tritt übrigens wieder an. **vol**

Der wohl informierte Abgeordnete

Fünf Jahre Parlamentarischer Beratungs- und Gutachterdienst

Guter Rat ist wichtig und willkommen. Eine Frage zur ökologischen Steuerreform? Was verbirgt sich hinter dem Begriff Volksinitiative? Wann ist das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht als gestört anzusehen? Oder: Wie hat sich der Flächenverbrauch in NRW entwickelt? Wie finanzieren andere Bundesländer ihre Kindertagesstätten?

Das sind nur ein paar von über 100 Anfragen und Auskunftsbegehren, die den Parlamentarischen Beratungs- und Gutachterdienst (PBGD) des Landtags in der letzten Zeit erreicht haben. Vor fünf Jahren wurde dieses Informationsangebot ins Leben gerufen. Jetzt wurde Bilanz gezogen. Parlamentspräsident Ulrich Schmidt: „Die Resonanz war bei allen Fraktionen gleichermaßen positiv.“ Die Entscheidung, diesen Service beim Landtag neu einzurichten, sei richtig gewesen.

Dem PBGD unter der Leitung von Dr. Jürgen Ockermann arbeiten vier Juristinnen und Juristen, eine Diplom-Biologin und eine Sekretärin zu. Ihre Aufgabe ist es, Ausarbeitungen und Gutachten vorzulegen. In unregelmäßigen

Abständen erscheinen Faktensammlungen unter der Rubrik „Das aktuelle Thema“ und „Aktuelles aus der Rechtsprechung“.

Die Abgeordneten bekommen auf ihre Gutachten-Anfragen in der Regel eine ausführliche schriftliche Antwort. Das geschieht in strikter parteipolitischer Neutralität. Diese Unparteilichkeit ist eines der Arbeitsprinzipien, die der Landtagspräsident im Einvernehmen mit den Fraktionen und dem Ältestenrat dem Dienst vorgegeben hat. Dazu gehört noch wissenschaftliche Unabhängigkeit ebenso wie Weisungsfreiheit und übergreifende Teamarbeit. Die Unparteilichkeit soll Versuche unterbinden, den Beratungsdienst für Parteipolitik einzuspannen.

Die meisten Gutachten werden mit Einverständnis der Auftraggeber ins Netz gestellt. Da-

mit sind sie auch außerhalb des Parlaments zugänglich – das positive Echo auf diese besondere Art von Öffentlichkeitsarbeit ist bei Politikern, Wissenschaftlern und in der Wirtschaft zu registrieren: Sie alle zeigen reges Interesse an den Ausarbeitungen des PBGD. Sollte der Auftraggeber aber Vertraulichkeit wünschen, so gehört es zum Selbstverständnis des Dienstes, diesem Wunsch nachzukommen.

Alle Veröffentlichungen sowie der Bericht, der zum fünfjährigen Bestehen des PBGD vorgelegt worden ist, können im Internetangebot des Landtags nachgelesen werden. Sie sind zu finden unter der Rubrik „Dokumente“.



Information und Beratung im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen (v.l.): Andrea Glende, Helga Müller, Dr. Jürgen Ockermann, Sabine Troitzewitz, Ellen Wierer und Claudia Engelhardt. Foto: Schälte



Foto: Schälte

Kontakte in die Welt knüpfen

Parlamentariergruppen stärken die internationalen Beziehungen

Was im Deutschen Bundestag seit vielen Jahren Praxis ist, hat in dieser Wahlperiode zahlreiche und mit viel Schwung Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag genommen. Hatten sich in der Vergangenheit nur die Deutsch-Israelische und die Deutsch-Palästinensische Parlamentariergruppe konstituiert, sind in der laufenden Wahlperiode weitere Gruppen hinzugekommen.

Die Neugründungen spiegeln zum einen das zunehmende Interesse der Abgeordneten an außenpolitischen Themen und Kontakten wider, sind zum anderen im Zeitalter der Globalisierung sicher auch wichtiges Instrument zur Wahrnehmung der Interessen Nordrhein-Westfalens.

PARTNERSCHAFTEN

Die Aktivitäten der einzelnen Parlamentariergruppen werden durch regelmäßige Arbeitssitzungen geprägt. Hier haben Gesprächspartner (zum Beispiel Diplomaten, Mitarbeiter der Landesregierung, aber auch Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur) die Möglichkeit, ihre Erfahrungen, ihr Wissen und Informationen an die Abgeordneten weiterzugeben. Auch besteht die Möglichkeit, die Mit-

glieder der Parlamentariergruppen für Probleme oder Anliegen zu sensibilisieren.

Besondere Ereignisse sind jedoch Begegnungen mit Delegationen aus den Partnerländern sowie Kontakte bei Reisen der Mitglieder in die Partnerregionen. So konnten zahlreiche Gäste aus Russland, insbesondere den Partnerregionen Nishnij Novgorod, Kostroma und Rostov am Don durch die Mitglieder der Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe im Landtag begrüßt werden. Einen Einblick über die Veränderungen in der Slowakei anlässlich des EU-Beitritts verschaffte sich die Deutsch-Slowakische Parlamentariergruppe im vergangenen Jahr in Bratislava. Höhepunkt der Reise der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe, die Ankara, Istanbul und Izmir besuchte, war der Empfang durch den Präsidenten der Großen Türkischen Nationalversammlung. Eine Delegation der Türkisch-Deutschen Freundschaftsgruppe war bereits zum Gegenbesuch im Landtag zu Gast.

Delegationen aus den Partnerregionen Sichuan, Shanxi und Jiangsu in China konnten seit der Gründung der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe im Januar 2004 begrüßt werden. Vor kurzem kehrten Mitglieder der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe aus Litauen zurück. Der Besuch umfasste auch einen Empfang beim dortigen Parlamentspräsidenten. Im „Deutsch-Polnischen Jahr“, das vor kurzem bundesweit ausgerufen worden ist, sieht die Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe eine willkommene Unterstützung und Anerkennung ihrer Arbeit.

Hervorzuheben ist die Tatsache, dass die Mitglieder die Kosten bei allen Reisen selbst getragen haben. Sicherlich ein Beweis für das besondere Engagement neben den zahlreichen und vielfältigen sonstigen Aktivitäten. Nach der Landtagswahl bleibt zu hoffen, dass die erfolgreiche Arbeit in der kommenden Wahlperiode Fortsetzung findet.

Berding feierte 90. Geburtstag

Dem Münsterland und Handwerk verbunden

„Zugegeben, mit der Zeit geht alles langsamer. Aber die politischen Veranstaltungen rund um Münster schaue ich mir doch noch recht regelmäßig an“, schmunzelt Franz Berding. Der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete und Minister a. D. feierte am 11. Mai in Münster seinen 90. Geburtstag.

Von 1954 bis 1969 gehörte Berding dem Düsseldorfer Landtag an. Im letzten Kabinett von Ministerpräsident Franz Meyers war er 1966 Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliches Arbeiten. Von 1969 bis 1972 war er dann Abgeordneter des Bundestages. Verwurzt ist der studierte Diplom-Volkswirt allerdings in seiner Wahlhei-

mat, dem Münsterland – als Mitglied des Kreistages, stellvertretender Landrat und Bürgermeister der Stadt Ahaus.

Sein besonderes Augenmerk gilt bis heute dem Handwerk. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm Franz Berding



Franz Berding (CDU)

die Geschäftsführung der Kreishandwerkerschaft Ahaus. 1964 wurde er zum Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Münster berufen. Seit 1967 lebt er auch dort. Gemeinsam mit seiner Frau genießt er dort den politi-

schen Ruhestand in direkter Nachbarschaft zu seinem jüngeren Sohn Georg, der als Rats Herr der Stadt Münster politisch in Vaters Fußstapfen getreten ist.

Ein Europa ohne Mauern

Landtagsdelegation zu Besuch im weißrussischen Minsk

Auf Einladung der Nationalversammlung von Belarus (Weißrussland) war eine Delegation des Landtags Nordrhein-Westfalen Gast in Minsk. Anlass war die 60-jährige Wiederkehr des Zusammenbruchs der nationalsozialistischen Diktatur und der Beendigung des Zweiten Weltkriegs. Der Delegation gehörten die Abgeordneten Karl Peter Brendel (FDP), Peter Eichenseher (GRÜNE), Jürgen Jentsch (SPD) und Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) an.

Im Namen von Landtagspräsident Ulrich Schmidt hat die nordrhein-westfälische Parlamentsdelegation an der zentralen Siegessäule in Minsk einen Kranz niedergelegt. Unser Bild zeigt ganz links Jürgen Jentsch, der die Ansprache hielt und Peter Eichenseher und Karl Peter Brendel, die den Kranz trugen. Ganz rechts am Bildrand Dr. Hans-Ulrich Klose.



In seiner Begrüßungsrede wies der Vizepräsident der Nationalversammlung, Sergej Sabolotez, auf Krieg und Verfolgung hin und dankte am Jahrestag der Reaktor-katastrophe von Tschernobyl (26. April 1986) für die große finanzielle, ideelle und menschliche Hilfe für die Opfer, die insbesondere vom Land Nordrhein-Westfalen gewährt worden sei. Dr. Hans-Ulrich Klose, der als erster deutscher Abgeordneter vor der weißrussischen Nationalversammlung sprach, erinnerte an die mehr als zwei Millionen weißrussischen Opfer des Krieges, unter ihnen mehrere hunderttausend jüdische Menschen. Er erwähnte aber auch den Tod von 200.000 deutschen Soldaten, die als Kriegsoffer im Kessel von Minsk gefallen sind.

In Anwesenheit der Vertreter von vierzig Tschernobyl-Initiativen – insgesamt gibt es mehr als sechshundert in Deutschland – bat er die Abgeordneten der Nationalversammlung, dieses Netzwerk der Hilfsbereitschaft auch künftig zu fördern. „Meine eindringliche Bitte an das Parlament lautet an dieser Stelle: Machen Sie Ihren Einfluss geltend, dass Kindererholungsmaßnahmen in Deutschland und anderen Ländern auch in Zukunft möglich bleiben!“ Es wäre schon eine erhebliche Verbesserung, wenn Spenden für diese gemeinnützige Arbeit von den Behörden nicht besteuert würden. Er bat die Abgeordneten, die auf Verständigung gerich-

tete Arbeit der deutsch-belarussischen „Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte“ in Minsk, die in diesen Tagen ihr zehnjähriges Bestehen feiert und vom Land Nordrhein-Westfalen maßgeblich gefördert wird, zu unterstützen.

ZUSAMMENARBEIT

Schließlich erinnerte er an die Kriegstoten und appellierte an das Parlament: „Ebenen Sie den Weg, damit die Ratifizierung eines Kriegsgräberabkommens zwischen Deutschland und Belarus endlich zum Erfolg gebracht wird. Darum bitte ich Sie, stellvertretend für die 18 Millionen Menschen dieses Landes.“ Er rief dazu auf, den Weg der Öffnung und engen Zusammenarbeit unter anderem in Kultur und Wissenschaft zu gehen. Die Selbstisolierung Weißrusslands sollte aufgegeben werden, damit die Vision von einem Europa ohne Mauern und politischen Feindschaften Wirklichkeit wird und der demokratische Prozess überall zum Erfolg geführt wird.

Jürgen Jentsch legte für die nordrhein-westfälische Delegation einen Kranz vor dem Ehrenmal für die Kriegstoten in Minsk nieder und erinnerte in seiner Ansprache an die Opfer des Zweiten Weltkriegs in Weißrussland. In Anwesenheit des Botschafters der

Bundesrepublik Deutschland in Minsk/Republik Belarus, Dr. Martin Hecker, und vieler Angehöriger der Tschernobyl-Initiativen mahnte er zur Aussöhnung und zum Frieden.

Erkenntnis der Delegierten und ihrer weißrussischen Gesprächspartner: Die Gespräche fortsetzen!

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst),

Fotoredaktion: Bernd Schälte,

Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Holger Schlienkamp (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

„Viel erreicht. Schnitt jetzt“

Landtagspräsident nimmt nach 35 Jahren Politik seinen Abschied

Landtagspräsident Ulrich Schmidt (63) wird nicht mehr dem neuen Landtag angehören. Es war seine eigene, persönliche Entscheidung. Niemand hat ihn dazu gedrängt. Aber wer mit ihm spricht, wie „Landtag intern“ ein paar Tage vor der NRW-Wahl, der merkt: Leicht fällt ihm der Abschied aus der aktiven Politik nicht. So will er erst einmal Urlaub machen, Bücher lesen und darüber nachdenken, wie er seine politischen Erfahrungen und Verbindungen zum Nutzen der Menschen auch nach seinem Abschied in die Waagschale werfen kann.



Ein nachdenklicher Präsident: Ulrich Schmidt blickt auf zehn Amtsjahre an der Spitze des Landtags zurück.

Foto: Schälte

Ulrich Schmidt weiß aus der Erfahrung von 35 Jahren Politik (davon 30 im Landtag), dass man im politischen Leben am besten den Zeitpunkt selbst bestimmt, an dem man ausscheidet: „Es ist genug“, meint er. „Ich habe eine Menge erreicht. Erst Ratsmitglied in Wetter, dann 20 Jahre Bürgermeister. Fünf Jahre Vizepräsident des Landtags. Zehn Jahre Präsident. Schnitt jetzt.“

Mit Empfehlungen an den neuen Landtag hält er sich zurück. Aber er hofft, dass die dann verringerte Zahl von Abgeordneten den Elan aufbringt, die parlamentarischen Abläufe weiter zu straffen und etwa die Zahl der Ausschüsse deutlich zurückzufahren. Zur Erklärung: Einige Minister der Landesregierung müssten derzeit vier oder fünf Landtagsausschüssen Rede und Antwort stehen. Schmidt: „Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Minister müssen regieren. Sie müssen ins Land gehen, mit den Leuten sprechen, damit sie wissen, was los ist.“

BÜROKRATIE

An dieses Prinzip politischer Arbeit hat sich Schmidt gehalten. Auch als Präsident, darauf legt er Wert, sei er immer noch Abgeordneter gewesen - mit offenen Ohren für die anderen Abgeordneten und für die Bürgerinnen und Bürger im heimischen Wahlkreis. Die hätten mit ihren Anliegen oft sein Wahlkreisbüro gestürmt. Dabei habe er, Schmidt,

manchmal selber Schwierigkeiten gehabt, die Wege und Irrwege der Bürokratie nachzuvollziehen, in denen sich „der kleine Mann“ hoffnungslos verfangen hatte: Wie soll der nämlich verstehen, dass er mit seinem Anliegen vom örtlichen Amt an den Regierungspräsidenten verwiesen wird - und wieder zurück? „Das reibt auf, das frustriert die Leute.“ Darum Schmidts Forderung: „Wir müssen so weit kommen, dass der staatliche Aufbau auf einer Seite DIN A 4 verständlich dargestellt werden kann.“ Also von der Verflechtung zur Entflechtung, zur Verlagerung von Zuständigkeiten auf die Ebene, die sie am besten und so bürgernah wie möglich erledigen kann.

Am 8. Juni nimmt Ulrich Schmidt seine letzte Amtshandlung vor. Dann wird er die Mitglieder des neuen Landtags zur konstituierenden Sitzung begrüßen. Danach leitet er die Wahl seines Nachfolgers oder seiner Nachfolgerin. Er stellt das Wahlergebnis fest und teilt es dem Plenum und der Öffentlichkeit mit. Anschließend wird er seinem Nachfolger, seiner Nachfolgerin alles Gute und Glückauf wünschen.

Der alte Bergmannsgruß geht ihm leicht von den Lippen. Schmidt hat einst beim Montanriesen Hoesch gearbeitet. Das moderne Hoesch-Stahlwerk in Dortmund ist nicht mehr: Abgebaut und nach China verfrachtet. So etwas hat Schmidt, der seinen Wahlkreis am Rande des Reviers hat, häufiger erlebt. Man nenne es „Strukturwandel“ und vergesse, dass

Menschen davon betroffen sind, meint der Präsident nachdenklich.

„Ich habe die Diskussion um Münteferings „Heuschrecken“ mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und begleitet“, sagt er und gibt ein Beispiel. Vor kurzem habe er erlebt, wie in Hattingen 350 Männer und Frauen mitsamt ihren Kindern demonstriert und dagegen protestiert haben, dass die Produktion nach China verlagert werden soll - alle Arbeitsplätze weg. Kone-Rolltreppen würden, so die Begründung der finnischen Unternehmensleitung, im Boomland China gebraucht, nicht so sehr im alten Europa. „Das verstehen die Leute nicht“, erläutert Schmidt. Die hätten eher das Gefühl, sie würden ausgepresst: Das Know-how wird nach Asien mitgenommen, der Laden in Hattingen dicht gemacht. Dabei sei die Firma, ergänzt der Landtagspräsident, mit Mitteln des Landes gefördert worden und schreibe schwarze Zahlen.

GLOBALISIERUNG

Nur eine notwendige Folge der Globalisierung? „Die Leute sehen das mit Angst“, stellt der Politiker Schmidt fest. Den Kontakt zur Wirklichkeit hat er nicht verloren - auch als Präsident nicht, von dem man denkt, dass er über allem Streit schwebt und souverän die Geschäftsordnung eines Landtags zu handhaben weiß. JK

Geburtstagsliste

Vom 27. Mai bis 7. Juni 2005

27.5. Hans-Peter Milles (SPD)	54
28.5. Rainer Bischoff (SPD)	47
30.5. Edmund Feuster (SPD)	51
1.6. Jan Söffing (FDP)	51
1.6. Hans-Willi Körfges (SPD)	51
4.6. Christof Rasche (FDP)	43
5.6. Rudolf Henke (CDU)	51
7.6. Dr. Bernhard Kasperek (SPD)	53

Manfred Hemmer, seit 1980 als SPD-Abgeordneter im Landtag, ist für seine Verdienste auf dem Gebiet der Verkehrs- und der Kommunalpolitik mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt überreichte dem Abgeordneten, den er als „Mann des Ausgleichs“ würdigte, den Orden in Hemmers Heimatstadt Hamm in Westfalen. Hemmer (Bild) war seit der 11. Wahlperiode Vorsitzender des Verkehrsausschusses und hat durch sein Engagement zahlreiche parlamentarische Initiativen angestoßen. Er leitete als Vorsitzender seit 1995 auch die „Parlamentarische Gruppe Bahn“. In dieser Gruppe haben sich Parlamentarier zusammengeschlossen, um mit Vertretern der Bahn, von Ministerien und mit Experten Themen aus dem Bereich des Schienenverkehrs zu diskutieren und gemeinsam nach konstruktiven Lösungen zu suchen. Manfred Hemmer, der in seiner parlamentarischen Laufbahn acht Verkehrsminister erlebt hat, hat auf eine erneute Kandidatur bei der Landtagswahl verzichtet.



Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Dunkler Anzug, Hut, Sonnenbrille –

und im Blut eine gehörige Portion Blues: Als „Blues Brothers unterwegs im Namen des Herrn“ waren Chris und Geoff Dahl die Überraschungsgäste des letzten parlamentarischen Abends der 13. Legislaturperiode. Gemeinsam feierten Abgeordnete und Vertreter der Landeshauptstadt Düsseldorf in der Wandelhalle des Landtags ein „Nachbarschaftstreffen“. Landtagspräsident Ulrich Schmidt zum Düsseldorfer Oberbürgermeister Joachim Erwin und den zahlreichen Gästen: „Wir wollen den guten Kontakt und die rege Kommunikation zwischen der Landeshauptstadt und dem Landesparlament auch für die Zukunft festigen.“ Der Oberbürgermeister stimmte zu und entgegnete: „Beide Seiten brauchen diesen Dialog. Stadt und Land – Hand in Hand.“

Foto: Schälte

Ökumenischer Gottesdienst

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 8. Juni 2005 zu einem ökumenischen Gottesdienst anlässlich der konstituierenden Sitzung zur 14. Wahlperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen ein. Der Gottesdienst findet um 12 Uhr in der Kirche St. Lambertus in Düsseldorf-Altstadt, Stiftsplatz, statt.